

lung. Ihm sind seine Werke über den Kopf gewachsen, er muß lernen, sie unter die Füße zu bringen. Er muß vor allem das „Abschalten“ und Umschalten erlernen, das Verzichtekönnen auf die Ausschöpfung aller Möglichkeiten. Ohne diese Übung ist er verloren. Aber das sagt die Gebetsmeinung über den rechten Gebrauch der Freizeit, daß die Lösung nur „nach dem Gesetz Gottes“ gelingt. Dieses Gesetz ist zunächst jeder Anruf Gottes an den Menschen, ganz besonders aber das „Gesetz der Freiheit“, das uns Christus durch seine Gnadengaben schenkt.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Der entzauberte „Spiegel“ Im Frühjahr dieses Jahres hat Paul Sackarndt die seit längerer Zeit angekündigte und auszugsweise bereits im Januar 1961 im „Zeitschriftendienst“ der Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung veröffentlichte Analyse des Magazins „Der Spiegel“ vorgelegt (Paul Sackarndt, *Der Spiegel entzaubert*, Hans Driewer Verlag, Essen 1961).

Die höchst instruktive Analyse stützt sich auf 22 Nummern des „Spiegel“ (Juni bis Oktober 1960) und geht von folgender Fragestellung aus: Ist der „Spiegel“ in seiner selbstgewählten Rolle des „Gesundheitspolizisten“ moralisch notwendig und qualifiziert? Stehen objektiv richtige Informationen im Zusammenhang der Darstellung auch am richtigen Platz?

Der Initiator, Inhaber und Herausgeber des „Spiegel“, R. Augstein, war von Anfang an der Mittelpunkt des Magazins; von ihm gingen und gehen die Impulse aus, er hält die Fäden in der Hand. Die Startchance war die nach dem Krieg erstmals wieder mögliche öffentliche Auseinandersetzung mit den Wurzeln des „großen Unbehagens“, das bei ihm zu Weltekel und Mißtrauen wurde, begleitet von der Manie, das Übel überall zu suchen. Ob die Suche erfolgreich war oder nicht, das ausgesuchte Opfer wurde nackt auf den chaotischen Trümmern der sorgfältig zusammengetragenen Facts dem enthüllungshungrigen Publikum überlassen. Bis heute blieb die Waffe des „Spiegel“ die gleiche: Menschen werden an Hand eingehender Recherchen aus belegbaren Episoden und Worten gezeichnet, wobei die Trennung von Vergangenheit und Gegenwart, Privatem und Öffentlichem, Tatsächlichem und nur Vermutetem dem Leser überlassen bleibt, dessen Durst nach zweideutiger Information stimuliert und gepflegt wird.

Diese Informationen sind das tragende Element des Magazins, dessen Nachrichtenapparat von Anfang an besonders sorgfältig auf- und ausgebaut wurde. Allein das Archiv beschäftigt 37 Personen. Diese tragen im Verein mit 66 festangestellten oder exklusiv verpflichteten Journalisten die vielen Steinchen „mit dem Spürsinn eines Mordezernates“ zusammen. Der Stoff wird „verifiziert“ („eine Angabe ist möglich oder sicher“) und zur Story montiert: mit diesen Facts, bis zur Unkenntlichkeit entstellt, wird das Opfer dem Leser serviert, wobei „aus formalen Gründen die Darstellung überwiegend auf die negative Feststellung angelegt ist. Kritik ist lesbarer als Lob, die Sprache der Kritik reicher als die der Apologie“ (Augstein, zitiert von Sackarndt, S. 44).

Von solch rationalistischer Plattform aus und mit der Methode hämischer Bloßstellung „aus formalen Grün-

den“ begibt sich der „Spiegel“ in den Kampf. Auch „die katholische Kirche fällt einfach unter die etablierten Mächte und Kräfte, ihre Monopolstellung (!), ihre der Öffentlichkeit entzogenen Machtbereiche... Die gewisse aufklärerische Tendenz ist der Spiegel-Redaktion eingeboren...“, ihr Hervorbringen ein technisch-fabrikatorisches Wortsetzen und Artikelmachen“ (Augstein, zitiert von Sackarndt, S. 56). In der Tat gehört das Artikelmachen des „Spiegel“ mit Frontstellung gegen die Kirche zum Unqualifiziertesten, was dem „lieben Leser“ von Jens Daniels Magazin geboten wird.

Weniger als andere Eigenarten des „Spiegel“ ist seine Methode bekannt, Verleumdungs- und Beleidigungsklagen still und gütlich zu regeln (nach dem Prinzip des längeren Atems) oder vom Gericht auferlegte Richtigstellungen als Leserbrief zu veröffentlichen. Die Beispiele Sackarndts sprechen für sich.

Wie weit verbreitet das Phänomen „Spiegel“ ist, weist eine sehr ausführliche Leserstatistik aus. Jede Nummer wird von 11,9 Lesern in die Hand genommen (Auflage etwa 385 000). Hiervon haben 40% lediglich Volksschulbildung. Die 16- bis 24jährigen und die 45- bis 59jährigen lesen den „Spiegel“ am liebsten.

Nach Berufen liegen die Angestellten mit 30% an der Spitze. Diese und die weiteren detaillierten Angaben dürften vor allem das Interesse der Erzieher finden.

Insgesamt gesehen, ist die Schrift Sackarndts nicht nur dankens- und lesenswert, sondern wohl auch für diejenigen notwendig, die glauben, die moralische Notwendigkeit und Qualifikation des Magazins zumindest teilweise bejahen zu müssen. Sackarndts Argumentation dürfte kaum zu entkräften sein.

Sozialer Pflichtdienst für Mädchen

Der Südwestfunk veranstaltete am 22. April 1961 in der regionalen Abendschau des Fernsehens unter telefonischer Beteiligung mehrerer Zuschauer eine Diskussion zwischen Frau Martha Schanzenbach MdB und dem Chefarzt des Krankenhauses Heilbronn, Dr. Max Kübler, über die Möglichkeit, durch Einführung eines sozialen Pflichtdienstes für die weibliche Jugend dem Personalmangel in den Kranken- und Pflegehäusern abzuwehren, der zu einem allgemeinen Notstand zu werden droht. Dr. Kübler äußerte die Meinung, daß die Appelle an den guten Willen, wie sie seitens der Aktion „Gemeinsinn“ und verschiedener kirchlicher Stellen wiederholt ergangen sind, keinen zahlenmäßig bedeutenden Erfolg gehabt haben und daß auch sonst keine Möglichkeit zu sehen ist, wie man das Pflegepersonal ergänzen und entlasten könnte. Deshalb forderte er die gesetzliche Anordnung eines Pflichtdienstes für die weibliche Jugend. Frau Schanzenbach widersprach dieser Forderung. Der Personalmangel könne und müsse durch das Angebot besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne beseitigt werden. Es gebe genügend viele Frauen, die sich zur Verfügung stellen würden, wenn man ihnen ein günstigeres Angebot machte. Viele Kriegsrentnerinnen wären bereit, eine solche Arbeit aufzunehmen, wenn der Verdienst ihnen nicht auf die Rente angerechnet würde. Solange diese Möglichkeiten nicht erschöpft seien, sollte kein Zwang ausgeübt werden. Aber auch grundsätzlich sei die Einführung eines weiblichen Pflichtdienstes abzulehnen. Wenn man sich auf den Militärdienst der jungen Männer und den Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes berufe, um ihn zu

befürworten, so sei dagegen zu sagen, daß Gleichberechtigung nicht dasselbe sei wie Gleichmacherei. „Die Frau hat andere Aufgaben“, sagte die Abgeordnete.

Die Zuhörer der Debatte, die sich am Telefon zu Wort meldeten, waren überwiegend anderer Meinung. Sie äußerten keine Bedenken gegen einen Pflichtdienst für Mädchen, wenn ein sozialer Notstand ihn fordern sollte. Ob tatsächlich ein Notstand vorliegt, dem mit anderen Mitteln nicht abzuhelfen ist, das konnte in der kurzen Diskussion natürlich nicht geklärt werden.

In einer umfassenden Darstellung der Probleme des Krankenschwesternberufes, die allerdings schon zwei Jahre zurückliegt, kam Robert Svoboda OSC, ein Mann von unbestrittener Sachkenntnis, zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Krankenschwestern in der Bundesrepublik nicht zurückgegangen ist und daß der Eindruck eines bedrohlichen Schwesternmangels, der da und dort Schwierigkeiten macht, nicht verallgemeinert werden dürfe (vgl. den ausführlichen Bericht in der Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 448). Allerdings bestreitet auch Svoboda nicht, daß die Situation, vor allem im Hinblick auf den dauernd steigenden Personalbedarf, in Zukunft kritisch werden kann. Doch scheint er der Meinung zu sein, daß eine soziale Aufwertung des Schwesternberufs auch eine größere Neigung zu diesem Beruf auslösen wird. Der Weg dazu ist inzwischen wohl auch beschritten worden.

Aber die sozialen Institutionen haben ja nicht nur Bedarf an fachlich hochqualifizierten Pflegerinnen und ärztlichen Helferinnen. Anscheinend fehlt es vor allem an untergeordneten Hilfskräften. Wenn diese in ausreichender Zahl zur Verfügung ständen, könnte das voll qualifizierte Personal rationeller eingesetzt und mit nur solchen Arbeiten beschäftigt werden, die seiner fachlichen Bildung entsprechen. Auch das würde den Schwesternberuf reizvoller machen. Außerdem darf man, wenn von Mangel an Pflegekräften die Rede ist, nicht nur an Kliniken und Krankenhäuser denken. Wahrscheinlich ist der Notstand in den zahlreichen sonstigen Pflegeanstalten und Bereichen der fürsorglichen Betreuung noch sehr viel größer, und das wirkt bisweilen auch auf die Inanspruchnahme der Krankenhäuser zurück. Viele Patienten sind gezwungen, ein Krankenhaus aufzusuchen, weil sie niemanden finden können, der sie zu Hause pflegen würde.

Sozialer Notstand

Damit fällt der Blick auf jenen Sektor unserer Gesellschaft, der den Mangel an Dienstleistungen heute wohl am empfindlichsten zu spüren bekommt und in dem der Mangel an Arbeitskräften häufig zu wirklichen Notständen führt: die Haushaltungen und Familien. Und gerade in den Fällen, wo die Not am größten ist, in kinderreichen Familien und in Haushalten alter oder gebrechlicher Personen oder wenn eine Hausmutter längere Zeit hindurch krank darniederliegt oder der Schonung bedarf, dann können die Betroffenen für gewöhnlich am allerwenigsten Löhne und Arbeitsbedingungen anbieten, die mit denen wirtschaftlicher Betriebe konkurrenzfähig wären. Ihnen steht also das Mittel, von dem Frau Schanzenbach die Behebung des Mangels an Dienstleistungsangeboten erhofft, normalerweise nicht zur Verfügung. Und ebenso hat man den Eindruck, daß der Appell an die Freiwilligkeit, die kirchliche Caritas nicht ausgenommen, auf diesem Gebiet nur sehr bescheidene Erfolge zeitigt. Die Nachbarschaftshilfe ist infolge des Schwindens mitmenschlicher Kontakte

in unserm Zeitalter, zumal in der Großstadt, anscheinend nur noch in Katastrophenfällen vorübergehend wachzurufen; im übrigen erschöpft sie sich in geringfügigen Gefälligkeiten.

Sofern man diese Tatsachen zugibt, ist es nicht so abwegig, einen sozialen Pflichtdienst der weiblichen Jugend in Erwägung zu ziehen. Wenn eine Notlage, von der ein erheblicher Teil und wichtige Institutionen der Gesellschaft, und zum Teil gerade ihre schwächeren Glieder, betroffen sind, auf der Grundlage der Freiwilligkeit oder allein mit wirtschaftlichen Mitteln nicht behoben werden kann, dann gebietet das Subsidiaritätsprinzip die Intervention der Gesellschaft oder des Staates. Sicherlich wird diese nur im äußersten Fall einen Zwangscharakter haben dürfen. Es erscheint nicht unmöglich, einen freiwilligen sozialen weiblichen Hilfsdienst aufzubauen, wenn Staat und Gesellschaft diese Sache fördern und den Einsatz in wirksamer Weise anerkennen oder belohnen. Wenn aber dieser Weg nicht zum Ziel führt, ist nicht einzusehen, warum ein weiblicher Pflichtdienst grundsätzlich indiskutabel sein soll und eine Rechts- und Sittenwidrigkeit darstellt.

Frau Schanzenbach zeigte sich erschreckt über den Vergleich mit der Militärdienstpflicht der jungen Männer. „Die Frau hat andere Aufgaben!“ Aber die Aufgabe sozialer Hilfeleistung, die den Mädchen in einem solchen Falle gestellt würde, ist ja doch eine ganz andere als die des Militärdienstes und eine dem weiblichen Geschlecht sehr angemessene. Gleich wäre für die beiden Geschlechter nur die Verpflichtung. Es wird doch heutzutage auch wohl niemand mehr der Meinung sein, das Waffenhandwerk sei eine Zierde des Mannes und gehöre von Natur zu seiner persönlichen Entwicklung, so daß der Wehrdienst eine normale Aufgabe für ihn genannt werden kann. In Wirklichkeit ist das Wehrdienstjahr für die Lebensaufgabe der meisten jungen Männer ein mehr oder weniger verlorenes, das dem gesellschaftlichen und staatlichen Notstand der Verteidigung regelrecht geopfert werden muß. Wenn nun ein anderer Notstand nach der Hilfe der weiblichen Jugend ruft, warum sollte man sie nicht dazu heranziehen dürfen?

Es soll hier freilich nicht mit absoluter Sicherheit behauptet werden, daß dieser Notstand wirklich vorliegt und daß ein weiblicher Pflichteinsatz nützlich oder gar notwendig ist. Der Einwand von Frau Schanzenbach, die jungen Mädchen seien zu jung, um in Krankenhäusern eingesetzt werden zu können, ist allerdings nicht schwer zu entkräften. Man kann ja über das Alter und die Form des Einsatzes zweckmäßig disponieren. Ob den Haushaltungen, die der Hilfe bedürfen, mit der Zuweisung eines „Pflichtjahrmädchens“ gedient ist, müßte ebenfalls erwogen werden.

Aber vielleicht ist mit dem Wort „Pflichtjahrmädchen“ das Tabu der Angelegenheit berührt. Dabei geht es zunächst um die Erinnerung an den weiblichen Arbeitsdienst des Dritten Reiches, wohl aber auch um die tiefere, weniger begründete als empfundene Furcht, daß es ein Zeichen von Kollektivismus wäre, die Frau zu einer gesellschaftlichen Dienstleistung zu zwingen, da ihr von Natur die Rolle der Hüterin der privaten Sphäre als Frau und Mutter zukommt und den jungen Mädchen die Aufgabe, sich darauf vorzubereiten. Sicherlich hat Frau Schanzenbach daran gedacht, als sie von der „anderen“ Aufgabe der Frau sprach. Damit würde man sich allerdings im Prinzip gegen die Berufstätigkeit der Frau aussprechen, und das ist, so allgemein behauptet, sicherlich ein anachronistischer

und durch kein sittliches Ideal legitimierter Standpunkt. Was aber insbesondere die Vorbereitung der jungen Mädchen auf ihren ureigentlichen Beruf betrifft, kann man der Meinung sein, daß ihnen ein soziales Pflichtjahr dazu nützlich sein würde, wenn es vernünftig gestaltet wird.

„Der Laie in der Kirche“ — Seckauer Diözesansynode 1960

Über die Seckauer Diözesansynode, die vom 20. bis 23. Juni 1960 in Graz stattgefunden hat, ist kürzlich der umfassende Bericht in Buchform (Verlag

Styria, Graz) erschienen. Der Diözesanbischof der Steiermark, Dr. Josef Schoiswohl, hatte der Synode ein einziges großes Thema gegeben: „Der Laie in der Kirche“. Die Vorbereitungen begannen 1958. Mehrere Kommissionen unter dem Vorsitz von Weihbischof Dr. Leo Pietsch steckten das Thema ab und sammelten das Material. Dieses wurde dann dem Klerus vorgelegt und auf insgesamt 250 Pastorkonferenzen durchgesprochen, worauf 750 Verbesserungs- und Abänderungsvorschläge eingesandt wurden. Von der Synode wurde als Wegweiser für die Seelsorgearbeit der kommenden Jahre ein Statut beschlossen, das unseres Wissens erstmalig im ganzen deutschen Sprachraum und darüber hinaus in so umfassenden grundsätzlichen Darlegungen, detaillierten Richtlinien und verpflichtenden Gesetzenormen (Kanonnes) den Laien in die Seelsorgearbeit der Kirche einordnet und ihm große Verantwortlichkeiten zuweist.

An der Synode nahmen 200 Priester und 16 Laien teil. Die Eröffnung erfolgte am 20. Juni im Dom mit einer Ansprache des Diözesanbischofs. An den folgenden drei Tagen wurden jeweils zwei große Referate (am letzten Tage eines) gehalten und mehrere Abschnitte des Entwurfes des Synodalstatutes diskutiert, wobei der öffentlichen Diskussion (nach schriftlicher Wortmeldung) eine zwanglose private Diskussion voranging. Die Wortmeldungen waren sehr zahlreich, jeweils 40 bis 60. Die Schlußworte sprachen Prälat Fabian im Namen des Klerus, Generaldirektor Karl Maria Stepan im Namen der Laien und der Diözesanbischof selbst, der das Synodalstatut als „die Magna Charta unserer Arbeit“ auf weite Sicht bezeichnete. Die Synode erbrachte nicht bloß eine Fülle von schriftlich niedergelegten Gedanken, Richtlinien und Normen, sondern bedeutet nach allgemeinem Urteil einen sehr großen Impuls für die weitere Seelsorgearbeit in der Steiermark.

Eröffnungsansprache und Referate

Bischof Schoiswohl ging bei seiner Eröffnungsansprache von den Krankheiten unserer Zeit aus: Unglaube, Gleichgültigkeit, mangelndem Bewußtsein von der Sünde und mangelndem Verantwortungswillen, und betonte, daß alle, auch die Laien, zur Heilung aufgerufen und verpflichtet sind, sich in den Dienst der Kirche zu stellen. Es sei heute eine Stunde des gläubigen Laien. Von ihm werde der Mut verlangt, anders zu leben als die Welt; der Mut, aus christlicher Mitte zu leben; der Mut, den christlichen Glauben in der Welt präsent zu halten; der Mut, in tausendfältigen Kontakten Zeugnis von Christus abzugeben. Die Zeit scheine reif zu sein für eine grundsätzliche Klärung des Laienapostolats in der heutigen Welt. Viele Untersuchungen seien angestellt worden, die nun auf der Synode eine reife Fassung erlangen sollen, wobei es in erster Linie nicht um neue Vorschriften, sondern um Anregungen, Wegweisungen und Haltungen gehe.

Das erste Referat hielt Kanonikus Dr. Ferdinand *Klostermann*, Linz, über „Die theologische Stellung des Laien in der Kirche“. Er skizzierte die früher weitverbreitete, im ganzen Mittelalter herrschende Auffassung, daß der Klerus der aktive und zur Vollkommenheit berufene Teil der Christenheit, der Laie aber der passive und nicht zur Vollkommenheit berufene Teil sei, dem nach den Worten des berühmten Kanonisten Gratian (12. Jh.) „zugestanden ist („concessum est“), eine Frau zu nehmen, Gericht zu halten und Geschäfte zu betreiben“. Gegenüber dieser Trennung in zwei Stände (die Unterscheidung Weltstand — Rätestand tritt demgegenüber zurück) arbeitete Klostermann das Gemeinsame heraus: den „Urstand“ des christlichen Seins, in den man durch Gnade und Taufe berufen wird, das heilige Volk Gottes. Der Vortragende wandte sich gegen die Versuche, die Würde des Laien dadurch zu begründen, daß man ihm etwas zuerkennt, was ihm allein, nicht aber dem Klerus eigen sei. Auch die unmittelbare Verpflichtung für den Weltdienst, das „Weltamt“, wie man auch sagt, ist nicht ausschließlich Sache des Laien, so daß auch hierin kein grundsätzliches Merkmal zu finden ist. Was der Laie Positives hat, hat er mit dem Kleriker gemeinsam, so daß man den Laien nur vom Negativen her definieren kann, daß er eben nicht Kleriker ist.

Das Positive allerdings ist unendlich viel, und dies führte Klostermann näher aus: Gnade, Taufe und Firmung mit der Teilnahme an Christi Priestertum, die Eucharistie und die charismatischen Geistesgaben, die oftmals in der Geschichte gerade in Laien wirksam geworden sind.

An seelsorglichen Aufgaben nannte Klostermann: in den Christen das Bewußtsein wecken, daß sie selbst Kirche und mitverantwortlich sind und daß sie für die Kirche auf die Dauer nur dann fruchtbar sein können, wenn sie in lebendiger Beziehung zur Hierarchie stehen, sich um ein christlich-brüderliches Vertrauensverhältnis bemühen, was wieder voraussetzt, daß der Priester die Gläubigen ernst nimmt, ein offenes Wort erträgt und ihnen Initiative gestattet; den Gläubigen Ehe, Familie und Beruf religiös erschließen und mit ihnen ein konkretes Berufsethos und eine Berufsspiritualität erarbeiten.

Im folgenden Referat „Das Laienapostolat und die Verantwortung des Priesters diesem Apostolat gegenüber“ wandte sich der Vortragende, Weihbischof Dr. Leo Pietsch, ganz den praktischen Fragen zu. Er faßte das, was alle in laienapostolischer Arbeit Tätigen in Umrissen irgendwie wissen oder fühlen, in klarer und überzeugender Weise zusammen: das Apostolat durch das bloße Beispiel des christlichen Lebens; das planmäßige Apostolat, ausgeübt entweder vom einzelnen, ohne besonderen kirchlichen Auftrag, oder von laienapostolischen Gemeinschaften, die sich als besonders wertvoll erweisen, da sie dem einzelnen eine vertiefte religiöse Bildung, vielfältiges Sachwissen, Anregung zur Diskussion und die Stütze des guten Beispiels bieten; unter allen laienapostolischen Bewegungen die besondere Bedeutung der Katholischen Aktion als des offiziellen und allumfassenden Apostolats der Kirche; andererseits das Recht und die Notwendigkeit anderer Arten laienapostolischer Bewegungen infolge der Verschiedenheit der Begabungen, Methoden und auch Geschmacksrichtungen. Als Voraussetzung für das Laienapostolat ist Vertrauen und Optimismus nötig, ein gepflegtes religiöses Leben und die natürlichen Tugenden. („Der Laienapostel soll ein gesundes Weltkind unserer Zeit sein.“)

Hinsichtlich der Zusammenarbeit von Priester und Laien formulierte Bischof Pietsch: „Aufgabe des Seelsorgers ist es, die sichere christliche Lehre und die Erfordernisse des kirchlichen und pfarrlichen Lebens klarzustellen und die diözesane Linie der Seelsorge und Katholischen Aktion zu vertreten. Dabei wird er sich bemühen, möglichst viel von den Laien erarbeiten zu lassen, und sich deshalb eher zurückhalten, als ständig allein das große Wort zu führen. Aufgabe der Laien ist es, ihre eigenen Gedanken und Pläne und das, was ihre Mitmenschen denken, fühlen und tun, der kirchlichen Auffassung gegenüberzustellen. Gemeinsame Aufgabe der Laien und Seelsorger ist es, einen gerechten Ausgleich zwischen Lehre und Leben zu erarbeiten und zu planen, was in dieser oder jener Frage durch die Mitglieder der Katholischen Aktion für das Reich Gottes im Großen oder Kleinen ganz konkret geschehen soll.“ Zum Schluß betonte der Vortragende, daß die neue Auffassung vom Verhältnis zwischen Priester und Laien an beide, vor allem an die Priester, höchste Anforderungen stellt und für beide Teile eine erregende Frage und zugleich eine Existenzfrage für die Kirche ist.

Der Sekretär der Katholischen Aktion der Steiermark, Josef *Krainer*, behandelte das Thema „Die Welt als Aufgabe“. Er stellte fest, daß die Weltverantwortung und Heiligung der Welt der gesamten Kirche aufgetragen ist und daher nicht ausschließlich Sache der Laien ist, wenn auch vornehmlich den Laien die Weltverantwortung zuzurechnen ist. Leider bleibt das Vertrauen der offiziellen Kirche in die Weltverantwortung des Laien weithin ohne entsprechende Resonanz. Der Vortragende kennzeichnete dann die Weltsituation: den Umbruch auf allen Gebieten, die Drohung des Kommunismus, das Anwachsen der Weltbevölkerung, die Diasporasituation der Christen, und hob unter den wesentlichen Bereichen heutiger Weltverantwortung drei heraus: die soziale Frage, die heute in erster Linie die Tatsache des Hungers in der Welt ist, woneben jedoch weiterhin die Frage nach der rechten Wirtschafts- und Sozialordnung in der Spannung zwischen Liberalismus und marxistischem Kollektivismus bestehen bleibt; die Frage der politischen Ordnung, wo ein starkes Unbehagen an der politischen Macht und Autorität zu überwinden ist; Kultur und Technik, wo als Folge der Frontstellung der Kirche gegen die antichristlichen Zeitideen noch immer im Bewußtsein des Christen ein latentes Mißtrauen gegen Technik und Fortschritt vorhanden ist, weshalb die Katholiken in den naturwissenschaftlichen und technischen Berufen viel zu schwach vertreten sind. Zur Erfüllung der Weltaufgabe müsse eine eigenständige Laienspiritualität entwickelt werden, die nicht eine verkürzte monastische Spiritualität sein dürfe, sondern aus einer großen Liebe zur Welt und ihren Ordnungen zu erwachsen habe.

Die weitere Konkretisierung des Themas für das kirchliche Leben war Dechant Gottfried *Puggl*, Pöls (Obersteiermark), aufgetragen: „Die Verwirklichung des Laienapostolates im Rahmen der Pfarre“. Sein Referat gab eine Fülle von Anregungen, was im einzelnen geschehen kann, geschöpft aus langer Praxis, für den Priester bestimmt, doch auch für Laien, die etwas tun wollen, von größtem Nutzen.

Das letzte Referat, „Der Laie im hauptamtlichen Dienst der Kirche“, wurde von Univ.-Prof. Dr. Georg *Hansemann*, Graz, gehalten. Für das Berufsethos dieses Laien sei wesentlich, daß er von seinem geistigen Vorgesetzten

als vollwertiger „cooperator in cura animarum“ angesehen werde; denn dadurch wird er sich am ehesten der Größe und des Ernstes seines kirchlichen Auftrages bewußt bleiben. Ob ein Vertrauensverhältnis zwischen Priester und Laien besteht, hängt fast ganz vom Priester ab, da der Laie im allgemeinen unvoreingenommen und bereitwillig seinen Posten antritt. Eine weitere wichtige Grundlage hierfür ist der soziale Bereich, wo sich in den letzten Jahrzehnten in allen Kreisen von Dienstnehmern, auch Akademikern, ein feines Gefühl für soziale Gerechtigkeit entwickelt hat, während den Priestern, die sich nie als Arbeitnehmer gefühlt haben, eben deshalb vielfach das Verständnis für die Situation ihrer Angestellten abgeht. Hansemann betonte im weiteren die Wichtigkeit der Berufsgemeinschaften, wie sie im Synodalstatut für Mesner, Laienkatecheten, Seelsorgehelferinnen und Haushälterinnen der Pfarrhöfe vorgesehen sind, da einerseits die hier tätigen Laien meist in einer beruflichen Diaspora leben und daher nach einer Gemeinschaft verlangen, andererseits das Berufsethos und die religiöse Bildung in solchen Gemeinschaften besser gesichert wird. Was die Ausbildung der Mesner betrifft, so sei fast alles noch in den ersten Anfängen. Eine gewisse Fachbildung wird dazu beitragen, ihr Ansehen beim Volk zu heben.

Der Laienkatechet ist nicht bloß Lehrperson, sondern Jugendseelsorger im wahren Sinn des Wortes. Das Hauptproblem ist, sein religiöses Ethos zu sichern. Entscheidend wird sein, daß der Priester den Laienkatecheten als Mitseelsorger ansieht und diese Einstellung auch dem gläubigen Volke nahebringt, was u. a. dadurch geschehen soll, daß der Priester die neu eintretenden Laienkatecheten der ganzen Gemeinde eigens als seine Mitarbeiter vorstellt.

Die Seelsorgehelferin braucht im besonderen Maße eine kirchliche Gemeinschaft, da sie ehelos lebt und einen Beruf gewählt hat, der ein besonderes Maß von Selbstlosigkeit und seelischer Kraft beansprucht; in der Vereinsamung aber wird sie diese Qualitäten mehr und mehr verlieren. Eine solche Gemeinschaft wird auch die Probleme des Urlaubs und der Altersversorgung am besten regeln können.

Ähnlich schwierig ist die Stellung der Pfarrhaushälterin. Nach Lebensweise ist sie eine Ordensschwester, ohne daß ihr auch nur ein Bruchteil jener seelischen und religiösen Hilfe geboten wird, deren man zur Bewältigung dieser Aufgabe bedarf. Von besonderer Wichtigkeit ist die strikte Einhaltung der sozialrechtlichen Bestimmungen, obwohl diese dem Arbeitgeber fast unerträgliche Lasten auferlegen.

Das Synodalstatut

Das sehr ausführliche Synodalstatut gliedert sich in 28 Abschnitte, jeder Abschnitt in eine grundsätzliche Darlegung, seelsorgliche Richtlinien und einzelne Kanones (Diözesane Gesetzesnormen).

Die Abschnitte 1—9 enthalten die theologischen Grundlagen. Was den Begriff des Laien betrifft, wird im Sinne des Referates von Klostermann in der näheren Beziehung zur Welt kein Wesensmerkmal des Laien erblickt und das Gemeinsame von Priestern und Laien als Gliedern der Kirche, als Empfängern des Heils und im Wirken an der gleichen Aufgabe hervorgehoben.

Das Apostolat im engeren Sinne als geplantes Wirken für die Kirche kann der Laie auf Grund seiner Sendung aus Taufe und Firmung ausüben; er kann zusätzlich einen

Auftrag der kirchlichen Hierarchie erhalten. Ob der Christ zu einem Apostolat im engeren Sinn verpflichtet ist, muß nach den Umständen beurteilt werden. Nicht selten besteht eine schwere Verpflichtung zu einem konkreten Apostolatswerk.

Bei der „Heiligung der Welt als Aufgabe des Christen“ wird die Pflicht zur Achtung der weltlichen Werke sowie die Pflicht zur Weltferne und die Pflicht zur Weltgestaltung betont. Für die Gestaltung der Welt nach dem Willen Gottes muß sich jeder Christ, Kleriker wie Laie, einsetzen. In diesem Sinne gibt es keine „Beschränkung auf den rein religiösen Bereich“.

Hinsichtlich Taufe und Firmung wird eingeschärft, daß sie so zu gestalten sind, daß die Gäubigen deren Bedeutung voll erfassen. Die Taufe soll feierlich, im Beisein der Pfarrgemeinde, am besten am Sonntag nach dem Spätgottesdienst, stattfinden; die Firmung ohne Massenandrang und mit Fernhaltung des Marktgetriebes.

Für das geistliche Leben des Laien wird betont, daß das geistliche Leben für alle Christen, einschließlich der Priester und Ordensleute, im Wesen und in den hauptsächlichen Mitteln gleich ist, daß aber der Laie in der Welt dadurch gekennzeichnet ist, daß für ihn die Welt als Aufgabe und als Gefahr in größerem Maße bestimmend ist. Wichtig ist, daß der Laie sein geistliches Leben nicht neben, sondern in und aus der Welt führt, damit keine Zweigleisigkeit zwischen religiösem Leben und Alltag entsteht. Die geistliche Führung für den Laien wird eine gesunde religiöse Selbständigkeit anstreben.

Die Abschnitte 10 bis 16 befassen sich mit Familie, Beruf und öffentlichem Leben (Gesellschaft, der Katholik im öffentlichen Recht, Volkserziehung und Volksbildung, Presse und Literatur, Rundfunk, Fernsehen und Film). In sehr eingehender Weise werden die Fragen behandelt und gezeigt, wo die besonderen Schwierigkeiten liegen und was konkret getan werden kann.

Die Abschnitte 17 bis 22 behandeln das kirchliche Leben: Teilnahme des Laien am kirchlichen Leben, Mitfeier des heiligen Opfers, Caritas, Seelsorgehilfe in den Häusern der Pfarre, religiöse Zeichen in der Öffentlichkeit, Kirchenbeitrag. Einleitend wird erklärt, daß der Laie seine Aufgaben nicht nur in den sogenannten profanen Bereichen hat, sondern auch im kirchlichen Leben selbst. Die Mitverantwortung des Laien für das kirchliche Leben geht so weit wie dieses selbst; sie umfaßt das Leben der Weltkirche: Missionen, verfolgte Kirche, Wiedervereinigung der getrennten Christen; das Leben der Diözese: den Bischof und seine seelsorglichen Anliegen; das pfarrliche Leben, welches naturgemäß im Vordergrund steht. Das Statut hebt hervor, daß sich der Christ seinem Stand und Bildungsgrad entsprechend über die Ereignisse und die Lage des kirchlichen Lebens informieren soll und daß die Anteilnahme zur tätigen Hilfe führen muß.

Stark betont wird die Pflicht der Christen, Nachbarschaftshilfe zu üben und sich der Armen anzunehmen. Von den Mitgliedern der Katholischen Aktion wird erwartet, daß sie in der Pfarrcaritas aktiv mitarbeiten.

Den Priestern werden seelsorgliche Hausbesuche dringend nahegelegt, und es wird betont, daß auch die Mithilfe der Laien hierzu notwendig ist. Jedem Christen wird eingeschärft, die gegebenen persönlichen Kontakte zu benutzen, um auf seine Mitmenschen seelsorglich einzuwirken.

Unter „religiöse Zeichen in der Öffentlichkeit“ sind nicht bloß Wegkreuze, Kapellen u. ä., sondern im weiteren

Sinn auch kirchliche Veranstaltungen außerhalb des Gotteshauses zu verstehen. Diese sind von besonderer Bedeutung, da sie für viele Fernstehende die einzige Begegnung mit der Kirche sind und diese Begegnung Achtung und Sympathie wecken, aber auch die ablehnende Einstellung verschärfen kann. Doch auch für das religiöse Leben der Gläubigen und das Pfarrbewußtsein sind diese Veranstaltungen von größter Wichtigkeit. Über die Mitwirkung der Laien sagt der entsprechende Kanon: „Die Mitarbeit der Laien bei kirchlichen Veranstaltungen ist unerlässlich. Sie soll sich aber weniger auf die untergeordneten Dienste, sondern auf Planung, Programmgestaltung, Vorbereitung und Durchführung erstrecken. Hierbei ist den Laien volle Verantwortung für die ihnen zukommenden Arbeiten zu übertragen.“

Der 23. Abschnitt behandelt die „Katholische Aktion und andere Formen des Laienapostolates“. Eingehend wird Wesen, Ziel, Aufgabe und Aufbau der Katholischen Aktion im Sinne der päpstlichen Weisungen und der Richtlinien der österreichischen Bischöfe dargelegt und betont, daß die Katholische Aktion kein Monopol des Laienapostolates in Anspruch nimmt, sondern der Rahmen für freie laienapostolische Organisationen grundsätzlich offen ist. Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei der offiziellen Katholischen Aktion.

Die Abschnitte 24 bis 28 endlich befassen sich mit dem „Laien im besonderen Dienste der Kirche“. Ihre Grundgedanken sind bereits im Referat von Hansemann enthalten.

Aus dem Vatikan

Pressekonferenz im Presseamt des Konzils

Am 18. April 1961 hielt der Generalsekretär der Zentralkommission für die Konzilsvorbereitung, Erzbischof

Felici, in den nunmehr fertiggestellten, allerdings vorläufig noch beschränkten Räumen der Pressestelle des Konzils in der Via Serristori 12 die erste Pressekonferenz ab, zu der etwa hundert Korrespondenten erschienen waren. Der „Osservatore Romano“ (20. 4. 61) veröffentlichte darüber einen längeren Bericht.

Die Arbeit der Presse bei der Konzilsvorbereitung wird in Rom zwar gewünscht und im Prinzip ermutigt, doch ist eine sehr große Zurückhaltung der amtlichen Stellen in bezug auf konkrete Informationen unverkennbar. Man fürchtet, wie Erzbischof Felici sich ausdrückte, eine „unzuständige Einmischung in die Vorbereitung des Konzils“. Die Journalisten erhielten von ihm den Rat, die Öffentlichkeit vor allem durch historische Aufsätze aus dem Gebiet der Konzilsgeschichte auf das kommende Ereignis vorzubereiten. Zu späterer Zeit würden sie allerdings auch durch Interviews zuständiger Persönlichkeiten und durch ein eigenes Bulletin informiert werden. Der Heilige Vater selbst schränkte den Raum der erwünschten Mitarbeit der Presse nicht ganz so sehr ein. Bei einem Empfang des Vorstandes der Internationalen Union der katholischen Presse am 24. April ermahnte er sie nach dem Bericht des „Osservatore Romano“ (27. 4. 61) lediglich dazu, daß sie mit der angemessenen Klugheit, Ernsthaftigkeit und Verantwortung berichten und berücksichtigen möge, daß das Konzil der innerkirchlichen Reform dienen soll. Erst danach könne das Anliegen der Wiedervereinigung ins Auge gefaßt und praktisch gefördert werden. Diese Bemerkung des Papstes bezieht sich wahrscheinlich

auf eine allzu einseitige Herausstellung der Wiedervereinigung in der Sicht mancher Zeitungen, die das Konzil ausschließlich unter dem Gesichtspunkt seiner über- und außerkirchlichen Bedeutung betrachten.

Erzbischof Felici hob auch hervor, daß die Behandlung der Presse durch die Konzilsleitung sich nach den Bedürfnissen des Konzils und nicht nach denen der Journalisten richten müsse. Das Konzil sei eine Aufgabe der lehrenden Kirche, und es sei in dieser Sache besonders wichtig, die notwendigen Folgerungen aus der katholischen Unterscheidung zwischen der lehrenden und der hörenden Kirche zu ziehen. Deshalb sei auch nicht beabsichtigt, Laien zu offizieller und direkter Mitarbeit in den Vorbereitenden Kommissionen heranzuziehen. Sie könnten und sollten ihre Anregungen und Wünsche ihren Bischöfen mitteilen. Außerdem sei es den Vorbereitenden Kommissionen freigestellt, nötigenfalls Gutachten von katholischen Organisationen oder einzelnen Personen aus dem Laienstand einzuholen. Im übrigen sollten die Laien mit Geduld und in ehrfürchtigem Schweigen darauf warten, was die Stimme des Lehramtes ihnen zu sagen für gut befinden wird, das Konzil aber durch die Stimme ihres Gebetes unterstützen.

Über den Inhalt der konziliaren Verhandlungen könne man zur Zeit noch nichts sagen, weil er noch gar nicht feststehe. Mit Sicherheit, fügte Erzbischof Felici hinzu, könne man eher schon feststellen, daß gewisse Dinge, die in der Öffentlichkeit genannt worden sind, nicht behandelt werden, so etwa der Zölibat. Doch wünsche der Papst, wiewohl er persönlich die letzte Entscheidung über die Konzilsmaterien zu treffen habe, daß die anstehenden Fragen im Kreise der Kommissionen mit größter Freiheit und Freimütigkeit diskutiert würden. Selbst in seiner Gegenwart sei auf den Sitzungen sehr offen geredet worden, und manchmal sei es auch schon zu Kampfabstimmungen gekommen. In dieser Beziehung sei das Konzil nicht vergleichbar mit der vorausgegangenen Römischen Synode, auf der ja allein der Bischof die gesetzgebende Gewalt ausübt. Daß die Italiener in den Kommissionen so stark vertreten sind, habe keinen andern Grund als den, daß man auf eine große Zahl von Mitarbeitern an Ort und Stelle oder in der Nähe angewiesen sei, die außerdem ihre ganze Arbeitskraft oder doch einen großen Teil davon in den Dienst dieser Sache stellen können. Der Zeitpunkt der Konzilsöffnung hänge immer noch vom Fortschritt der Vorarbeiten ab. Doch habe der Heilige Vater den dringenden Wunsch, das Konzil möglichst im Herbst des Jahres 1962 abzuhalten. Der Kreis der Teilnehmer sei auf die Bischöfe und sonstigen kanonisch berechtigten Personen beschränkt, doch werde nach wie vor erwogen, auch nichtkatholische kirchliche Vertreter als Beobachter einzuladen.

Ergänzungen der Konzils-kommissionen An Stelle des verstorbenen Kardinals Mimmi ernannte Papst Johannes XXIII. Kardinal Paolo Marella zum Präsidenten der Kommission für die Bischöfe und Diözesen („Osservatore Romano“, 15. 3. 61).

Ferner wurden ernannt:

Konsultor des Sekretariates für publizistische Fragen: Msgr. Fausto Vallainc („Osservatore Romano“, 18. 3. 61).

Konsultor der Kommission für die Sakramente: Professor Karl Rahner SJ („Osservatore Romano“, 23. 3. 61).

Konsultor des Sekretariates für publizistische Fragen:

Msgr. Zoltan L. Nyisztor („Osservatore Romano“, 25. 3. 61).

Mitglied der Zentralkommission: Carlo Kardinal Con-falonieri, Sekretär der Konsistorialkongregation („Osservatore Romano“, 7. 4. 61).

Mitglied der Kommission für orientalische Kirchen: Ignace Ziadé, Erzbischof von Beirut;

Konsultoren der Kommission für Liturgie: die Monsignori Giuseppe Calderari, Salvatore Capoferri, Adone Terzariol, Orazio Cocchetti, ferner Ildefonso Tassi OSB, Roger le Deault, Kongregation vom Heiligen Geist (sämtliche nach „Osservatore Romano“, 9. 4. 61).

Mitglied der Kommission für das Laienapostolat: Prälat Albert Stählin, Präsident des Deutschen Caritasverbandes; Konsultor der Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Msgr. Julien Gouet;

Konsultor der Kommission für Klerus und Volk: Msgr. Grazioso Ceriani;

Konsultor der Kommission für die Missionen: Ignazio Gregorio Larrañaga Lasa, Bischof von Ping-Liang;

Konsultor der Kommission für das Laienapostolat: Emanuele Fernández-Conde, Bischof von Córdoba (sämtliche nach „Osservatore Romano“, 10./11. 4. 61).

Mitglied der Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Luigi Carli, Bischof von Segni;

Mitglied der Ordenskommission: Joseph McShea, Bischof von Allentown;

Mitglied der Kommission für die Sakramente: Luigi Bentivoglio, Erzbischof von Catania, Marcello Morgante, Bischof von Ascoli-Piceno;

Konsultor der Kommission für die Missionen: Luis Joseph Cabana, ehemaliger Erzbischof von Rubaga, Uganda (sämtliche nach „Osservatore Romano“, 17./18. 4. 61).

Konsultor der Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Werenfried van Straaten OPraem;

Konsultor der Kommission für Klerus und Volk: Rev. André Brien, Rev. Jean Honoré;

Konsultor der Kommission für die Liturgie: Msgr. Salvatore Famoso (sämtliche nach „Osservatore Romano“, 26. 4. 61).

Die Besetzung der suburbikarischen Bistümer

Durch Motu proprio vom 10. März 1961 hat Papst Johannes XXIII. das Recht der Kurienkardinäle, durch Option nach der Anciennität auf ein suburbikarisches Bistum und damit in den Ordo der Kardinalbischöfe erhoben zu werden, das ihnen nach Can. 236 § 3 CIC zustand, abgeschafft und für die Zukunft dem Papst das Recht zur freien Ernennung der sechs Kardinalbischöfe vorbehalten. In Vollzug dieser Reservation hat der Heilige Vater das soeben erst durch den Tod des Kardinalbischofs Mimmi frei gewordene suburbikarische Bistum von Sabina und Poggio Mirteto dem erst am 16. Januar 1961 zum Kardinal erhobenen Erzbischof Ferretto verliehen, der damit nun sogleich in den Rang eines Kardinalbischofs aufsteigt.

Eine gewisse Einschränkung dieses Optionsrechtes hatte schon Papst Pius X. vorgenommen. Bis dahin nämlich pflegten auch die Kardinalbischöfe bei jeder Vakanz von einem Bistum zum andern zu wechseln, da sich unter ihnen eine gewisse Präzedenz herausgebildet hatte. Seither behielten sie zeitlebens ein einmal erwähltes suburbikarisches Bistum bei und erhielten nur, wenn sie auf Grund der Anciennität zum Rang des Dekans des Heiligen Kollegiums aufstiegen, das diesem vorbehaltene Bis-

tum Ostia zu dem ihrigen hinzu. Das Motu proprio sagt nicht, ob dieser Brauch beibehalten werden wird. Da der größte Teil des Gebietes um Ostia ohnehin zur Diözese Rom gehört, wäre das denkbar.

Der Papst begründet die von ihm vorgenommene Rechtsänderung mit den Notwendigkeiten der Seelsorge in den suburbikarischen Bistümern, für die er weitere Regelungen ankündigt. Die Bischofsstädte um den Albanersee Albano, Frascati, Velletri und das etwas weiter entfernte Palestrina sind heute nicht mehr wie einst verlorene, stille Bauernsiedlungen in einer menschenleeren Campagna, sondern ganz in den Sog der Weltstadt Rom geraten und von ihren seelsorglichen Problemen mitbetroffen. Ebenso erstreckt sich das Siedlungsgebiet Roms mehr und mehr auch gegen Porto und S. Rufina sowie gegen Sabina und Poggio Mirteto hin. Die neue Maßnahme, die vor allem wohl einen allzu raschen Wechsel in der Leitung dieser Diözesen verhindern und ihnen Oberhirten geben will, die nach dem Ausmaß ihrer amtlichen Pflichten bei der Kurie und ihrer Gesundheit imstande sind, ihre Bischofspflicht voll zu erfüllen, liegt im Rahmen der Reform der römischen Seelsorge, die dem Papst so sehr am Herzen liegt.

Aus Süd- und Westeuropa

Erklärung der italienischen Bischöfe zum Film

Seit geraumer Zeit bewegt die italienische Öffentlichkeit die Auseinandersetzung über die wachsende Unmoral der Filmindustrie. Die Diskussion hat zu einer Reihe von Artikeln und Stellungnahmen in der Presse aller Richtungen geführt. Vertreter der Kirche, aber auch Richter und Staatsanwälte, Produzenten und Drehbuchautoren haben sich daran beteiligt. Von katholischer Seite hat die Auseinandersetzung durch die Erklärung der italienischen Bischofskonferenz anlässlich ihrer diesjährigen Frühjahrstagung, die ihrerseits wieder zu zahlreichen Gegenstellungen in der linksliberalen Presse führte, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Dokument, das im „Osservatore Romano“ vom 22. 3. 61 veröffentlicht wurde, kritisiert ebenso offen wie eindringlich den moralischen Notstand, den die Filmwirtschaft in Italien geschaffen hat. Wer das Dokument genauer durchliest, wird zudem feststellen, daß es nicht für sich allein dasteht. Die Unmoral des Films ist nicht die einzige, sondern nur eine der charakteristischen Gefahren, die die öffentliche Moral in Italien bedrohen, und bildet nur eine besondere Folge jener Geisteshaltung, die in der fortschreitenden Entchristlichung des gesellschaftlichen Lebens ihren Ausdruck findet. So bildet das Dokument der Bischöfe über den Film nur ein charakteristisches Glied in einer Reihe von Stellungnahmen, in denen sie jeweils auf einem bestimmten Gebiete die Geisteshaltung des Laizismus bekämpfen (vgl. „Osservatore Romano“, 22. 4. 61). Begonnen hat diese breitere Auseinandersetzung mit einem gemeinsamen Hirtenschreiben der Bischöfe über den Laizismus im Frühjahr 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 397). Die Stellungnahmen von Kardinal Montini, Kardinal Siri und der sizilianischen Bischöfe über die apertura a sinistra (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 289) und die Erklärung der Bischöfe verschiedener Regionen Italiens zur Schulfrage (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 346) stellen weitere Glieder dieser Reihe dar. Die Bischöfe lassen durch diese dichte Folge von Erklä-

rungen erkennen, daß sie gewillt sind, der wachsenden Entchristlichung Italiens auf allen Gebieten des kulturellen Lebens den Kampf anzusagen. Zugleich machen die Kundgebungen der Bischöfe die besonderen sittlichen Nöte in Italien, die nicht nur der Kirche, sondern auch Kreisen außerhalb der Kirche Sorge bereiten, besonders deutlich.

Da auch die Erklärung über die wachsende Unmoral des Films eine Reihe von Faktoren enthält, die nur aus der besonderen italienischen Situation richtig zu verstehen sind, versuchen wir hier eine kurze Interpretation auf dem Hintergrund der Diskussion, die das Thema bereits vorher in der italienischen Öffentlichkeit ausgelöst hatte. Im zweiten Absatz ihrer Erklärung stellen die Bischöfe fest: „Wer auf die gegenwärtige Filmproduktion blickt, ist bestürzt über einen Zustand, der sich von Tag zu Tag verschlechtert. Die Angaben über die Jahre 1959 und 1960 zeigen, daß die moralisch unzulässigen Filme in erschreckender Weise zugenommen haben. Im Rahmen der Weltproduktion scheint der italienische Film sich mehr und mehr eine Vorrangstellung in der Produktion moralisch schlechter Filme zu erobern.“

Die wirtschaftliche Bedeutung des italienischen Films

Ein Blick in die entsprechenden Statistiken bestätigt den Hinweis der Bischöfe. Um die Zahlen aber richtig zu würdigen, muß man auch die wirtschaftlichen Hintergründe des italienischen Films sehen. Italien ist das Land mit der größten Filmproduktion Europas. In den fünfziger Jahren hatte Italien auch England überholt, das bis dahin den ersten Platz einnahm. Die Cinecittà bei Rom hat sich nach dem Kriege nach Hollywood zum zweitgrößten Filmzentrum der Welt entwickelt. 1953 kamen auf Italien 163 Langspielfilme, auf England 138, auf Deutschland 103. Italien ist auch das Land mit der höchsten Besucherzahl auf dem europäischen Festland. Auf jeden Italiener fallen 17 Besuche im Jahr, auf jeden Deutschen etwa 13. Italien ist auch das Land mit dem niedrigsten Spielmietensatz. 1951 betrug dieser in Italien 28%, in Deutschland hingegen 40,8% der Produktionskosten. Es ist auch das Land mit den niedrigsten Eintrittspreisen. Im Jahre 1953 wurde für Deutschland ein Durchschnitt von 1,01 DM errechnet, für Italien ein Durchschnitt von 0,77 DM pro Eintrittskarte. Trotz der inzwischen erfolgten Steigerungen sind die italienischen Kinopreise im Verhältnis zu anderen Ländern immer noch sehr niedrig (vgl. Walter Dadek, Die Filmwirtschaft, Freiburg i. Br. 1957).

Es ist klar, daß in einem Land, in dem der Film nicht nur die Massen der Zuschauer anzieht, sondern zugleich einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor des Landes darstellt, sich diese Tatsache mehr noch als in anderen Ländern auch auf die sittliche Qualität der Produktion auswirkt. Dabei ist die Entwicklung während der letzten Jahre entscheidend. Die italienische Filmwirtschaft sah sich in diesen letzten Jahren nicht nur der wachsenden Konkurrenz des Auslandes ausgesetzt, sondern hatte auch mit einigen gegenläufigen Faktoren zu kämpfen. Enrico Baragli führt hauptsächlich zwei solcher Faktoren an, die zwar auf jedes europäische Land mehr oder weniger zutreffen, aber für Italien eine spezifische Bedeutung haben: die zunehmende Motorisierung und die zunehmende Konkurrenz des Fernsehens („Osservatore Romano“, 28. 4. 61). Im Jahre 1955 wurden in Italien 3,4 Millionen motorisierte Fahrzeuge benützt, im Jahre 1956 3,7 Millio-

nen, 1957 4,2 und 1958 4,6 Millionen. Die Zunahme an motorisierten Fahrzeugen betrug also innerhalb von vier Jahren mehr als eine Million. Da in Italien das motorisierte Fahrzeug als Mittel für Sport und Erholung noch stärker geschätzt wird als sonst in Europa, war diese Entwicklung dem italienischen Film besonders abträglich. In einem Zeitraum von fünf Jahren stieg andererseits die Zahl der Fernsehteilnehmer von 150 000 auf 1,5 Millionen (1956: 300 000, 1957: 500 000, 1958: 1 Million, 1959: 1,5 Millionen).

Dominanz des schlechten Filmes

Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Kinobesucher rapid ab. Sie erreichte ihren Tiefstand im Jahre 1960 mit „nur“ 730 Millionen Besuchern. Über die Rückwirkungen dieses Abstiegs auf die moralischen Qualitäten des Films hat Baragli die folgende Statistik erstellt. (Die Angaben stammen aus Centro Cinematografico Cattolico [CCC], dessen Bewertungen für die moralischen Einstufungen zugrunde gelegt sind.)

Der Prozentsatz der abzuratenden und abzulehnenden Filme betrug aus:

	1956	1957	1958	1959	1960
Italien und Ausland ¹	13,41	18,41	26,91	31,25	41,86
Italien allein	16,64	18,25	26,68	31,23	60,59

Der Prozentsatz der abzuratenden, abzulehnenden Filme und der Filme mit ernstem Vorbehalt für Erwachsene betrug aus:

	1956	1957	1958	1959	1960
Italien und Ausland ¹	46,94	51,94	54,01	60,04	63,67
Italien allein	46,84	51,52	53,73	60,97	77,38

¹ Es handelt sich um alle inländischen und ausländischen Filme, die in Italien gezeigt wurden.

Während also die Zahl der Kinobesucher abgenommen hat, ist die Zahl der moralisch nicht tragbaren Filme sprunghaft angestiegen. Von den 680 in diesem Zeitraum hergestellten italienischen Filmen (einschließlich der italienischen Koproduktionen) ist der Anteil jener Filme, die nach dem Urteil des CCC „für Erwachsene ohne Vorbehalt“ zu empfehlen sind, von 53 % im Jahre 1956 auf 22 % im Jahre 1960 gesunken. Die Filme mit „einfachem Vorbehalt“ sanken im gleichen Zeitraum von 33 % auf 17 %, während im gleichen Zeitraum der Anteil der abzuratenden und abzulehnenden Filme von 16 % auf 60 % anstieg. Die Gegenseite redete sich zunächst dahin aus, daß die Kriterien, nach denen das CCC die Filme beurteilt, inzwischen verschärft worden seien. Baragli stellt dies in Abrede, da weder an den Grundsätzen der Kritik etwas geändert worden sei noch wesentliche personelle Veränderungen beim CCC eingetreten seien. Trotzdem dürfte eine gewisse Verschärfung von seiten des CCC nicht zu leugnen sein, schon allein deswegen nicht, weil ja die katholischen Filmkommissionen im einzelnen ihre Kriterien selbst erst aus der Praxis erarbeiten mußten. Erfahrungsgemäß geht das CCC in seinen Beurteilungen auch strenger vor als die katholischen Zensoren in anderen Ländern. Dies wie auch die Tatsache, daß der Kritik die notwendige Publizität mangelt und daher auch das Echo von seiten des Klerus und der Gläubigen fehlt, hat dazu beigetragen, daß die Kontrolle weitgehend unwirksam bleibt. Bedenkt man zudem, daß die Einstufungen in die Kategorien „Mit einfachem und ernstem Vorbehalt“ immer im einzelnen umstritten sein werden, dürfte man zu einer etwas milderen

Beurteilung des italienischen Films kommen, als sie die angeführten Zahlen widerspiegeln. Trotzdem kann man sich der inneren Logik dieser Zahlen nicht entziehen. Der Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der moralischen Qualität und den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist klar ersichtlich. Wie auch Baragli anführt, muß man der italienischen Filmindustrie zubilligen, daß sie zunächst wenigstens zum Teil versucht hat, der wirtschaftlichen Krise mit einwandfreien Mitteln zu begegnen, z. B. durch Verbesserungen technischer Art usw. Aber diese Verbesserungen brachten nicht den erwarteten wirtschaftlichen Erfolg. Das Risiko, das man durch sie einging, machte sich nicht bezahlt, da die Besucherzahl weiterhin abnahm. Man muß zudem noch bedenken, daß der italienische Film auch zu einem ganz besonderen Exerzierfeld wirtschaftlich wie moralisch ungesicherter Existenzen geworden ist, die dabei von nicht sehr skrupelhaften Regisseuren und Drehbuchautoren unterstützt werden (vgl. Enrico Baragli in „Civiltà Cattolica“, 15. 4. 61, S. 164).

Die Bischöfe tragen dem wirtschaftlichen Notstand ausdrücklich Rechnung, sehen aber in der Verschlechterung der ethischen Qualität der Filme verständlicherweise kein geeignetes Heilmittel für größere Rentabilität. Ausdrücklich erklären sie: „Die Zuflucht zu Themen, in denen sich alles in Gewalt und Sexus auflöst, stellt ein billiges wirtschaftliches Hilfsmittel dar, um die eigene Unfähigkeit, gute und brauchbare Filmwerke herzustellen, zu verschleiern.“

Die Gefährdung der Jugend

Eindringlich warnen die Bischöfe vor der durch die ständige moralische Verschlechterung der Filme entstandenen öffentlichen Atmosphäre, die die sittliche Integrität des Bürgers, vor allem aber der Jugend, gefährdet. „Das Klima, das man in ihnen einatmet, ist nur allzu bekannt, da es sich in unerträglicher Monotonie ständig wiederholt. Es scheint, daß für eine gewisse Produktion nichts anderes existiert als die brutale Wirklichkeit der Gewalt und des Zynismus, der unverfrorenen Ausschweifung, des Lasters und der sexuellen Perversion.“ Die Filmwirtschaft beschränke sich vielfach auf die bloße Darstellung des Schlechten und Perversen auf einem vom Materialismus inspirierten Hintergrund. „Vom Leben nimmt und sieht man nur die schlüpfrige und graue Zone der Materie und der Sinnlichkeit. In dieser Konfusion der Ideen ist es nur natürlich, daß eine solche Filmproduktion zu einem gefälligen Publikumserfolg in einer kranken Welt führt, einer Gesellschaft der moralischen Zersetzung, in der die höchsten Werte vernachlässigt oder mit Füßen getreten werden.“ Die Bischöfe wenden sich gegen „die Profanierung der Werte der Ehe, der Familie und der Liebe“ und der Ehre der Frau, „die nur als Mittel der Unterhaltung und des Vergnügens angesehen wird“. Man verlache alles, „was Opfer und Verzicht zu sittlichen Zwecken bedeutet, und man verherrlicht Geld und Luxus, als ob es die einzigen Lebensideale wären...“

In einem eigenen Absatz verurteilen die Bischöfe die bedenkenlose Reklame des italienischen Films, „die häufig eine Aggression auf die öffentliche Moral und eine unverhüllte Darbietung offener Gewalt und Sinnlichkeit bedeutet, die um so schwerer wiegt, als sie sich auch dem zeigt, der ihr auf den Straßen und Plätzen begegnet“. Die Bischöfe berühren hier einen Punkt, der zwar nicht

nur in Italien, aber dort doch besonders beachtet werden muß. Wie kaum sonstwo ist die aktuelle Filmreklame geeignet, das bestehende Jugendverbot unwirksam zu machen. Hierher gehören sowohl die besonders aufreizende Reklame auf den Straßen wie auch die Voranzeigen von Filmen, die ohne Rücksicht auf das Jugendverbot in den Kinos ausgiebig gezeigt werden. Hier liegt offenbar auch ein offensichtliches Versagen der gesetzgebenden Gewalt wie der Exekutive vor, die es versäumt haben, eindeutige Verordnungen zu erlassen. Erst das ungeahnte Anwachsen einer bestimmten Sorte von Jugend- und Sexualverbrechen hat die Öffentlichkeit und vor allem die Richter und Staatsanwälte aufhorchen lassen. Die Bischöfe, die es sonst vermeiden, auf konkrete Ereignisse einzugehen, weisen auf diesen Umstand ausdrücklich hin. „Ein großer Teil des gegenwärtigen Films stiftet namenlosen sittlichen Ruin vor allem unter der Jugend. Diese Tatsache können keine Beteuerungen aus der Welt schaffen. In der letzten Zeit hat sich in der Öffentlichkeit eine Art von Jugendkriminalität und sittlicher Verwilderung ... bemerkbar gemacht, die die Öffentlichkeit zutiefst beeindruckt und die Aufmerksamkeit der Gerichte auf sich gezogen hat.“ Die Bischöfe sehen neben dem Versagen der Familie und der Presse im schlechten Film einen Hauptgrund für diese Erscheinungen.

Der wunde Punkt

Der Tenor des Schreibens läßt jedoch deutlich erkennen, daß die Bischöfe das Filmproblem nicht isoliert sehen wollen. Wenn sie neben dem Film auch den Rundfunk und das Versagen der Familie nennen, so verweisen sie hier auf einen Zustand der allgemeiner Natur ist und seine Ursachen nicht bloß im Film und in den übrigen Instrumenten der Massensuggestion hat, sondern vor allem in der Tatsache, daß die vorhandenen sittlichen Kräfte eines Volkes nicht ausreichen, um einem solchen, durch bestimmte Verhältnisse geschaffenen Notstand zu begegnen. Die Bischöfe sehen in der Immoralität der heutigen Filmproduktion nur eine der durch eine bestimmte technische Entwicklung bedingten Folgen der konsequent popularisierten laizistischen Moral, die sich durch die Propagierung eines „wertfreien“ Ästhetizismus und Sexualismus seit je der katholischen Naturrechtsethik entgegengesetzt hat, heute aber angesichts der entstandenen Folgen keinen rechten Ausweg findet und sich immer noch auf einen rein formalistischen Kunst- und Freiheitsbegriff ausredet. Deshalb klagen die Bischöfe: „Unsere Gesellschaft versichert allzuoft, das Schlechte nicht zu wollen, aber es fehlt ihr die Bereitschaft und der Mut, die wirklichen Gründe dafür anzuerkennen, noch wagt man die Anwendung wirklicher Heilmittel.“ In dieser „bürgerlichen Ratlosigkeit“ der italienischen Öffentlichkeit zeigt sich die ganze Problematik der heutigen Gesellschaft. Es fehlt in dem Lande mit einer starken katholischen Tradition eine gemeinsame wirksame sittliche Überzeugung, die alle jene Kräfte mobilisieren könnte, die der gegenwärtige Zustand in Schrecken versetzt. Dem kulturellen Leben Italiens, angefangen beim Film bis zu Presse und Theater, fehlt weitgehend der sittliche Rahmen. Während die traditionellen Strukturen der Kirche in Italien weiterbestehen, vollzieht sich nicht nur ein stiller, gründlicher Auszug des katholischen Denkens aus der kulturellen Gegenwart, sondern es schwindet auch die letzte gemeinsame sittliche Überzeugung.

Dieser Punkt ist es, der den Bischöfen am meisten zu denken gibt. Eine Haltung, die echte Freiheit und künstlerisches Schaffen mit sittlicher Willkür verwechselt, findet keine genügenden Gegenkräfte mehr im Bewußtsein des Volkes. „Man sagt, das Publikum verlange eine solche Voreingenommenheit. Man verteidigt die Darstellung des Bösen, weil darin ein hoher verhütender und zugleich immunisierender Wert liege; man beruft sich auf seelische und moralische Reife des Publikums, das imstande sei, einer schmutzigen Wirklichkeit die Stirne zu bieten, ohne an deren Folgen zu leiden. Man verteidigt die Notwendigkeit eines mutigen Realismus, um die gegenwärtige Gesellschaft ohne Schonung und ohne Nachgiebigkeit anzuklagen.“ Die Bischöfe verweisen hier offenbar auf jene sozialkritische Strömung im italienischen Film und Theater, die sich unter dem Namen „Neoverismus“ auch im Ausland ein starkes Echo geschaffen hat und die in Italien selbst zu scharfen und gegensätzlichen Reaktionen geführt hat. Sowenig man diesen Filmen vielfach technische Perfektion und künstlerische Qualität abstreiten kann, so haben gerade sie es meist nicht verstanden, Perversion als wirkliche Perversion darzustellen, sondern sind vielfach derselben Wirklichkeit erlegen, die sie kritisieren wollen. Sie haben den Eindruck der moralischen Hilflosigkeit innerhalb der Filmwirtschaft selbst, aber vor allem innerhalb des Publikums, das durchaus nicht über jene sittliche Reife verfügt, die dieser Film angeblich voraussetzt, nur noch verstärkt.

Die Bischöfe hüten sich jedoch davor, der Filmwirtschaft allein die Schuld an diesem Zustand zuzuschreiben. Sie verweisen ebenso auf das Versagen der öffentlichen Gewalt wie auf das Fehlen einer wirksamen Reaktion im Publikum. „Die öffentliche Meinung“, so heißt es in der Erklärung, „gibt die Schuld leicht der öffentlichen Gewalt, die nicht genügend darüber wache und der der klare Wille zum Eingreifen fehle. Die Verantwortlichen der öffentlichen Gewalt betonen dagegen, nicht intervenieren zu können, weil jene Reaktion aus dem Volke fehle, die notwendig wäre, um gewisse Übertretungen der öffentlichen Moral wirksam zu bestrafen.“

Appell an den Klerus

Aber die Bischöfe wenden sich auch an den Klerus: „Die Priester und Ordensleute mögen auf die Probleme der Seelsorge achten und sich verpflichten, sich die Anweisungen der Päpste auf dem Gebiet des Films zu eigen zu machen. Sie mögen sich dieser unserer Kundgebung bedienen, um zur Bildung einer gesunden Mentalität für eine kraftvolle Verteidigung des höchsten Gutes, des Heiles der Seelen, beizutragen.“ Wie der Kommentar von Enrico Baragli („Osservatore Romano“, 30.4.61) zeigt, ist dieser Hinweis auf die päpstlichen Dokumente nicht rhetorisch gemeint. Baragli schreibt: „Wollen wir hoffen, daß diese schwerwiegende Mahnung imstande ist, unverständliche Abwesenheiten, Widerstände und Hindernisse von seiten eines nicht geringen Teiles des Klerus zu überwinden, und möge sie jene, die sich mit dem Film befassen und andere dazu anleiten, veranlassen, sich mit den entsprechenden Dokumenten des Heiligen Stuhls vertraut zu machen.“ Die Hinweise der Bischöfe und der Kommentar von Baragli zeigen deutlich, daß es der italienische Klerus, und zwar nicht nur jener Teil, dem die Möglichkeit einer wirksamen Auseinandersetzung mit der Gegenwart fehlt, bisher an einer wirksamen Aktion

und sogar an notwendigem Verständnis hat fehlen lassen. Der ausdrückliche Hinweis auf den verpflichtenden Charakter der päpstlichen Kundgebungen auf diesem Gebiet und den ebenso verpflichtenden Charakter der Zensur des CCC wird nur dann wirksame Folgen haben, wenn der Klerus seinen Verpflichtungen auf diesem Gebiet besser nachkommt als bisher. Daß dabei Verweise auf die katholische Filmkommission allein nicht genügen, sondern eine persönliche Auseinandersetzung mit der Materie notwendig ist, liegt auf der Hand.

Der Ruf nach der Zensur

Die in letzter Zeit entstandene Diskussion in der italienischen Öffentlichkeit hat den Ruf nach Zensur laut werden lassen. Enrico Baragli beschäftigt sich damit ausführlich in einem eigenen Artikel in der „Civiltà Cattolica“ (15. 4. 61). Aber auch von anderer Seite hat man sich damit auseinandergesetzt. So widmet Panfilo Gentile dem Thema Zensur im „Corriere della Sera“ (5. 4. 61) einen eigenen Leitartikel. Letzterer wirft gerade der Regierung vor, hier jede vernünftige Initiative versäumt zu haben, was um so erstaunlicher sei, da die Regierung von katholischen Kräften getragen ist, die sich aus Gewissensgründen doch in erster Linie darum kümmern müßten. Die Bischöfe selbst nehmen in ihrer Erklärung nicht ausdrücklich zur Zensur Stellung, offenbar weil sie sich weder von einer Zensur alles erwarten noch im Staat den allein Schuldigen sehen, wie der Appell an die verschiedenen Gruppen des öffentlichen Lebens zeigt. Sie wenden sich aber an die staatliche Gewalt (nicht ohne zugleich auf die besonderen Schwierigkeiten hinzuweisen), „damit sich diese immer mehr zum klugen Interpreten und mutigen Verteidiger der Öffentlichkeit und ihrer sittlichen Fundamente mache“. Ausdrücklich berufen sich die Bischöfe dabei auf das moralische Erbe des italienischen Volkes, „ein Erbe, das allen gemeinsam ist, und alle ehrenhaften Bürger müssen die Verpflichtung spüren, es zu schützen als den größten Reichtum, auch wenn ein solcher Schutz manchmal Ärger und wenig Popularität einbringt“. Sie ermahnen den Staat, daß alles unternommen werde, um den bestehenden Gesetzen die nötige Wirkkraft zu geben. Ein Hinweis, der um so verständlicher ist, als die italienische Filmgesetzgebung aus den zwanziger Jahren stammt und seither keine Neuauflage erfahren hat. Nicht ohne Ironie weist Vincenzo Bassoli („Il Regno“, 3. 3. 61, S. 40) darauf hin, daß bei konsequenter Anwendung des Gesetzes heute überhaupt kein Film mehr gezeigt werden könnte. Wir haben es hier offenbar mit einem Faktum zu tun, das nur innerhalb einer ganz bestimmten „südlichen Dialektik“ möglich ist. Die Bischöfe wenden sich jedoch auch an die Filmindustrie selbst und ermahnen sie, „in edelster Weise und mit dem tiefsten Verantwortungsbewußtsein vom kostbaren Geschenk ihres Berufes, den Gott ihnen gegeben hat, Gebrauch zu machen“. Ebenso wenden sie sich an die Tagespresse, von deren Beurteilung der Filme für die sittliche Einstellung des Publikums viel abhängt. In der offensichtlichen Überzeugung, daß sich sittliche Faktoren nicht einfach in juristische Formeln kleiden lassen, erwarten die Bischöfe mehr von einer gesunden Reaktion von seiten aller interessierten Stellen und Gruppen als von einer einschneidenden staatlichen Gesetzgebung. Trotzdem darf man darin nicht eine Unterbewertung der Zensur oder

gar deren Ablehnung erblicken. Besieht man sich den Wortlaut der Erklärung, so kommt man am ehesten zur Überzeugung, daß die Bischöfe wohl an eine Verstärkung der staatlichen Zensur denken, zugleich aber der Filmindustrie eine Selbstkontrolle nahelegen, dies um so mehr, als Pius XII., auf dessen Kundgebungen die Bischöfe sich berufen, in einer Ansprache vor italienischen Filmleuten bereits im Jahre 1955 diesen eine Art Selbstkontrolle nahegelegt hat (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 130).

In den Artikeln, die in der katholischen Presse Italiens zu diesem Thema erschienen sind, macht sich jedoch ein sichtliches Mißtrauen gegen die Wirksamkeit einer solchen Selbstkontrolle bemerkbar, ein Mißtrauen, das indirekt offenbar auch die Bischöfe bestätigen. Dieses Mißtrauen ist um so mehr begründet, als die Selbstkontrolle gerade in Italien eine besonders deutliche Niederlage erlitten hat, nachdem sie unter dem Schutz der amerikanischen Besatzung eingeführt worden war. Ein weiterer Versuch im Jahre 1958, der angesichts der drohenden Staatszensur unternommen wurde, scheiterte ebenfalls, wie das amerikanische Muster der Nachkriegszeit, an wirtschaftlichen Interessen. Enrico Baragli untersucht in dem bereits zitierten Artikel ausführlich die Möglichkeiten einer Selbstkontrolle, kommt aber zum Schluß, daß eine Selbstkontrolle bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Italien nicht nur zur Unwirksamkeit verurteilt wäre, sondern gerade jenen, die am wenigsten sittliche Bedenken tragen und zugleich am wenigsten wirtschaftlich gesichert sind, die Möglichkeit geben würde, hinter dem Buchstaben der Selbstkontrolle sich um so unbedenklicher der Spekulation hinzugeben. Baragli sieht sich übrigens in seiner Meinung bestätigt von dem bekannten Drehbuchautor und Publizisten Indro Montanelli, der erklärte: in einem „streitsüchtigen Hühnerstall wie dem unsrigen“ sei es nicht möglich, zu einer vernünftigen Selbstkontrolle zu kommen („Epoca“, 20. 11. 60). Ähnlich äußerten sich Paolo Stoppa und Federico Fellini. Baragli, der eine Autorität auf dem Gebiete des Filmwesens ist, kommt zu dem Schluß, daß infolge der genannten Befürchtungen auf die staatliche Zensur nicht verzichtet werden kann, trotz Bedenken des politischen Mißbrauchs, die auch von katholischer Seite vorgebracht werden. Die staatliche Zensur, die dem Schutz des sittlichen Gemeinwohls gilt, soll aber ergänzt werden durch eine Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, um im eigenen Interesse allzu häufige Eingriffe des Staates und damit verbundene wirtschaftliche Risiken zu vermeiden.

Neue kirchliche Statistiken aus Spanien

Im Februar 1961 erschien das neue Handbuch „Guía de la Iglesia en España“, herausgegeben vom Amt für Information und Statistik der spanischen Kirche unter Leitung von Msgr. Jesús Iribarren. Der erste Großband dieses Titels erschien im Jahre 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 64), worauf Jahr für Jahr mehr oder weniger umfangreiche Ergänzungsbände hinzukamen (vgl. 12. Jhg., S. 403 f.). Das Erscheinen des neuen Jahrgangs wurde von den internationalen katholischen soziologischen Instituten sehr begrüßt und in einem eigenen Schreiben des Kardinalstaatssekretärs gewürdigt. Neben den aus den früheren Bänden schon bekannten Rubriken gibt das neue Handbuch auf 900 Seiten u. a. ein nach dem Territorialprinzip gegliedertes namentliches

Verzeichnis des gesamten spanischen Klerus samt Diözesankapiteln, kirchlichen Organisationen, Seminarien und Ordensniederlassungen. Nach Diözesen zusammengefaßte Zahlen bieten jeweils die statistische Entwicklung der kirchlichen Daten von 1769 bis 1960 und sind damit eine international einzigartige Quelle.

Heute gibt es in Spanien 19 370 Pfarreien mit 42 440 Kirchen. (Das Handbuch enthält auch ein kunstgeschichtlich sehr aufschlußreiches Verzeichnis aller unter Denkmalschutz stehenden Kirchen- und Klostergebäude.) Die Zahl der Weltpriester beträgt 25 530, der Ordenspriester 8820, der männlichen Ordensprofessen mehr als 20 000, der weiblichen mehr als 70 000.

33 400 Seminaristen bereiten sich auf das Welt- und Ordenspriestertum vor. Mehr als die Hälfte von ihnen kommt nach wie vor aus dem Bauernmilieu; allerdings ist dessen Anteil im Abnehmen begriffen. Umgekehrt ist der Anteil der Söhne aus Arbeiterfamilien (5120) wesentlich gestiegen. 40% der Priesterseminaristen kommen aus Familien mit fünf und mehr Kindern.

Die Kirche in der Gesellschaft

Die kirchliche Presse zählt in den 64 spanischen Diözesen 1603 Titel, davon 45 Tageszeitungen und 93 Wochenblätter. Es gibt 1001 kirchliche Filmtheater mit teilweise über 1500 Sitzplätzen.

Die Zahl der kirchlichen Volksschulen beläuft sich auf 4078; sie werden von 683 000 Schülern (davon 412 000 ohne Schulgeld) besucht. Es gibt 298 höhere Schulen für Jungen und 604 für Mädchen. Die Zahl der Schüler beträgt 163 100 (mehr als 80% aller höheren Schüler Spaniens), davon 46 700 ohne Schulgeld. 99 000 Jungen besuchen die 698 kirchlichen Berufsschulen.

An einzelnen Tatbeständen der allgemeinen Bevölkerungsstatistik lassen sich in dem neuen Handbuch noch ablesen:

ein weiter steigender Geburtenüberschuß (1901: 9,2; 1930: 10,7; 1950: 9,2; 1955: 11,1; 1957: 11,9‰);

ein Absinken der unehelichen Geburten (1957: 20 900 = 3,3‰ der Lebendgeburten);

ein langsames Absinken der Selbstmorde (1958: 1510).

Der Protestantismus

Auf der Ebene der Diözesen hat ein katholisches Institut Erhebungen angestellt, um die Zahl der Nichtkatholiken zu erfassen; wegen der unvermeidlichen Fehlerquellen wird diese jeweils mit Maximum und Minimum angegeben. Danach haben die Reformationskirchen und die protestantischen Sekten die folgenden Mitgliederzahlen an gebürtigen Spaniern:

Plymouth-Brüder	4800—5700
Baptistenunion	3400—4000
„Spanische Evangelische Kirche“ (presbyterianisch)	2500—3100
Adventisten des 7. Tages	1300—1600
„Bund der unabhängigen evangelischen Kirchen“	1000—1200
Zeugen Jehovas	630—640
„Spanish Christian Mission“	580—780
Spanische Reformierte Episkopalkirche (anglikanisch)	480—600
Pfingstler	220—250
Quäker	30—40
Sonstige	450—660

Insgesamt gibt es nach dieser Erhebung 15 400 bis 18 600 spanische Protestanten. Sie sind im Land sehr ungleich verteilt; weitaus die größte Zahl lebt in Katalonien, wäh-

rend die ganze Region Navarra und vier weitere Provinzen keinerlei organisierten Protestantismus kennen. Aus dem Jahr 1958 sind 326 nichtkatholische Eheschließungen bekannt.

Priesternachwuchs in Frankreich

Vom 4. bis 8. April 1961 fand in Toulouse unter dem Vorsitz des Oberhirten der Diözese, Erzbischof Garrone, der 70. Französische Nationalkongreß der „Union d'œuvres“, der Vereinigung der katholischen Werke, statt. Der Kongreß stand unter dem Leitwort „Der Priester- und Ordensberuf als pastorales Problem“. 25 Erzbischöfe und Bischöfe und 2500 Priester und Ordensleute nahmen an den Sitzungen teil. Die Bedeutung des Kongresses wurde durch die Anwesenheit des Erzbischofs von Bordeaux, Kardinal Richaud, und des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Bertoli, die im Verlauf der Tagung auch beide das Wort ergriffen, unterstrichen. Der Präfekt der Studienkongregation, Kardinal Pizzardo, und Kardinalstaatssekretär Tardini sandten Schreiben an den Kongreß.

Das Thema des Kongresses war bedingt durch den immer stärker spürbar werdenden Priestermangel in den meisten französischen Bistümern und durch all jene Probleme, die als deren Ursache oder Folge auftreten. Die Versammlung, in deren Verlauf alle wesentlichen Punkte, die zum Thema Bezug haben, angefangen von den kleinen Seminarien bis zur Frage der Spätberufe, zur Sprache kamen, hatte sich zunächst mit den allerdings noch spärlich vorhandenen statistischen Daten über den Priesternachwuchs auseinanderzusetzen.

Die statistischen Daten

1959 kamen in Frankreich auf einen Seelsorgsgeistlichen 1096 Katholiken. Diese Zahl gäbe keinen besonderen Anlaß zur Sorge, besonders wenn man sie mit den entsprechenden Zahlen in den übrigen europäischen Ländern vergleicht. So kommen in Italien 1109 Gläubige auf einen Seelsorgspriester, in Spanien 1336, in Deutschland 1568, in Österreich 1578 und in dem priesterärmsten Lande Europas, in Portugal, sogar 2311 (vgl. Dellepoort, Greinacher, Menges, Die deutsche Priesterfrage, Mainz 1961, S. 22). Da aber die jeweils verschiedenen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müssen, ist ein solcher Vergleich nur begrenzt zulässig. So verfügen beispielsweise Deutschland und Österreich über eine bedeutend bessere geographische Verteilung der Diözesen und Pfarreien als Frankreich, und Spanien kennt keine solche Überalterung des Klerus, wie wir sie in Frankreich haben. Am ehesten lassen sich die französischen Verhältnisse mit den italienischen vergleichen: ungefähr die gleichen Verhältniszahlen zwischen Gläubigen und Seelsorgsklerus, sehr ähnliche Verhältnisse hinsichtlich der Größe der Diözesen und Pfarreien, beide Länder leiden unter einer spürbaren Überalterung des Seelsorgsklerus, in beiden Ländern läßt der Zuzug zu den Seminarien ebenso wie die Beharrungsziffer der Seminaristen weiterhin nach (vgl. „Osservatore Romano“, 16. 4. 61; ferner die Ansprache des Papstes an die italienischen Seminaristen und Seminarvorstände vom 21. 4. 61, „Osservatore Romano“, 22. 4. 61). Die Nachwuchszahlen der beiden Länder bestätigen die Ähnlichkeit der Verhältnisse. So kommen auf einen Theologiestudenten in Frank-

reich 4440 und in Italien 4870 Gläubige (vgl. Erzbischof Franz Jachym, Die europäische Priesterfrage, Wien 1953, S. 325). Wiederum ist die Zahl der Theologen in den beiden Ländern bedeutend höher als beispielsweise in Deutschland, wo auf einen Theologiestudenten 6730 Gläubige kommen. Man muß dabei aber beachten, daß sich in Deutschland, wenigstens in manchen Gebieten, der Nachwuchs mehr und mehr auf die Städte konzentriert, während zum Beispiel Rom im letzten Jahr keinen einzigen Neupriester hatte. Für Paris und andere Großstädte Frankreichs gilt ähnliches. Aufschlußreich für die Lage des Seelsorgklerus in Frankreich ist die Tatsache, daß es auf dem Lande viele kleine und kleinste Pfarreien gibt, während in den großen Städten, besonders in den Randsiedlungen, wo sich die vielen Zuwanderer ansiedeln, Tausende von Katholiken ohne Pfarrei und ohne seelsorgliche Betreuung leben. Um einige Beispiele anzuführen: in der Diözese Besançon gab es 1959 beinahe 600 Pfarreien mit weniger als 300 Katholiken, in Amiens 555, in Soissons 460, in der Diözese Digne sogar mehr als 100 Pfarreien mit weniger als 50 Gläubigen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 321). In der Diözese von Amiens soll es bisher sogar eine Pfarrei mit nur 10 Katholiken gegeben haben. Hier wird deutlich, wie wenig die Entwicklung der Seelsorge mit der technischen und demographischen Entwicklung Schritt gehalten hat. Während man an den (wegen der Landflucht) aussterbenden Landpfarreien bis zum letzten Mann festhält, unterläßt man es in den sich neu bildenden Randsiedlungen der großen Städte, unter den religiös und sittlich gleichermaßen gefährdeten Zuwanderern Fuß zu fassen. Es kann deswegen als eine ebenso begrüßenswerte wie aufsehererregende Neuerung angesehen werden, daß der Bischof von Amiens durch ein Dekret vom 20. April 1961 den sonntäglichen Pfarrgottesdienst in 108 kleinen Landpfarreien ab 1. Mai 1961 verboten hat (KNA, 21. 4. 61). Der Bischof begründete diese Maßnahme ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Seelsorgsnot in den Städten. Wird diese organisatorische Umstellung konsequent weitergeführt, so verliert der vielzitierte Alarmruf, daß in Frankreich 15 000 Pfarreien ohne Priester seien, bedeutend an Gewicht. Aber trotz aller organisatorischen Umstellungen und Neugruppierungen wird es auf Jahre nicht möglich sein, die Seelsorgsstellen dem Bedarf entsprechend zu besetzen, da der Zugang zu den Seminarien gerade während der letzten Jahre stark abgenommen hat. Die Zahl der Priesterweihen in Frankreich betrug in den Jahren 1952—1956 nur knapp 4000 gegenüber 6000 in den Jahren 1947—1951. Dies bedeutet einen Rückgang von mehr als 30% innerhalb von vier Jahren. Ebenso deutlich sinkt die Zahl der Neuaufnahmen in den kleinen Seminarien, aus denen immerhin noch ein Großteil des Priester- und Ordensnachwuchses kommt. 1935 gab es noch 1300 Priesterweihen, 1955 nur noch 850. Gering ist auch die Zahl der kleinen Seminaristen, die später in die Priesterseminare übertreten. Nach F. Boulard beträgt der Satz nur 12—15% (vgl. Erzbischof Franz Jachym, a. a. O., S. 77 ff.).

Demgegenüber muß als sehr erfreuliche Tatsache gewertet werden, daß in den letzten Jahren die Zahl der Spätberufe in Frankreich wie in den meisten anderen europäischen Ländern bedeutend zugenommen hat. Diese Tatsache ist nicht nur für die Zahl der Berufe, sondern auch für die Art der Berufungen von besonderer Bedeutung. Sie läßt darauf schließen, daß die Berufsent-

scheidung mehr und mehr zu einer persönlichen Entscheidung des einzelnen wird, was bei den verschiedenen Einflüssen, denen gerade solche Entschlüsse ausgesetzt sind, nicht ganz selbstverständlich ist. Das Vorherrschen der persönlichen Entscheidung wird durch die Tatsache bestätigt, daß auch bei den „Frühberufen“ die eigentliche Berufsentscheidung zunehmend immer mehr erst im Wachstumsalter, also zwischen 13—17 Jahren, fällt. Dieselbe Zunahme an Spätberufen ist auch bei den Ordensberufen festzustellen. So wurde für den Ordenseintritt ein Durchschnittsalter von 22,6 Jahren errechnet (vgl. „Informations Catholiques Internationales“, 15.3.61, S. 10). Anlaß zu einer gewissen Sorge gibt immer noch die soziale Herkunft der Berufe. An erster Stelle stehen hier die Söhne der höheren Angestellten und Selbständigen, gefolgt von den mittleren Führungsschichten. An dritter Stelle folgt die bäuerliche Bevölkerung und erst an letzter Stelle die Arbeiterschaft. Da der Anteil der ersten zwei Gruppen an der Gesamtbevölkerung relativ gering ist, bildet den traditionellen Nährboden für den Priesternachwuchs immer noch die bäuerliche Bevölkerung. Deswegen besteht eine Wechselwirkung zwischen der fortschreitenden Auflösung der ländlichen Strukturen und der sinkenden Zahl der Neupriester. Die soziale Herkunft der Priester zeigt aber auch, wie negativ sich die Entchristlichung der Arbeiterschaft auf den Priesternachwuchs auswirkt. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß das Arbeitermilieu heute an sich für die Weckung von Priesterberufen ungeeignet ist. M. Lacambe, der Nationalsekretär der JOC, wies in seinem Referat darauf hin, daß es innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung zahlreiche Familien gebe, aus denen Priester- und Ordensberufe hervorgehen. Würde man einen Vergleich anstellen zwischen der Zahl der praktizierenden Katholiken in der Arbeiterschaft und den praktizierenden Katholiken der anderen sozialen Schichten, so würde man zu einem für die Arbeiterschaft wesentlich günstigeren Ergebnis kommen. Denn die Voraussetzungen für Priesterberufe sind ohne Zweifel in einer militant katholischen Arbeiterfamilie günstiger als in vielen zu sehr von der Tradition geprägten bürgerlichen und bäuerlichen Familien. Trotzdem ist nicht eher mit einem Anwachsen der Priesterberufe aus der Arbeiterschaft zu rechnen, als die Arbeiterschaft nicht selbst mehr und mehr für die Kirche zurückgewonnen ist.

Eine Meinungsumfrage

Um diese Gegebenheiten besser zu beleuchten, war von Teilnehmern des Kongresses in Zusammenarbeit mit dem Französischen Institut für Meinungsforschung eine Umfrage durchgeführt worden, die die Haltung der Franzosen gegenüber dem Priester von heute erkunden sollte. Das Ergebnis dieser Umfrage gab der stellvertretende Verlagsdirektor von „Informations Catholiques Internationales“, Dubois-Dumée, in seinem Referat vor dem Kongreß bekannt. Folgendes konnte festgestellt werden: Die öffentliche Meinung in Frankreich denkt im allgemeinen über den Priester nicht schlecht. Er wird meist als einfacher, sympathischer, gebildeter und frommer Mensch angesehen. Beanstandet wurde nur die Art und Weise, wie der Priester vielfach hinter dem Gelde her sei. Die Umfrage hat indessen gezeigt, daß die Öffentlichkeit den Priester meist nur sehr oberflächlich kennt. Meist sind es nur rein menschliche Eigenschaften, die anerkannt oder kritisiert werden. Der übernatürlichen Sendung des Geistlichen sind sich die meisten nicht bewußt. Dubois-Dumée führt

diese oberflächliche Kenntnis des Priesters auf den geringen Kontakt zwischen Priester und Volk zurück. Der Kontakt sei zwar noch vorhanden, aber er sei meist nicht seelsorglicher Natur. Der Durchschnittsfranzose begegnet dem Priester meist nur anlässlich außergewöhnlicher Ereignisse, wie Taufe, Erstkommunion, Eheschließung usw. Noch geringer scheint der Kontakt der Bevölkerung mit den Orden zu sein. Die meisten kannten überhaupt nur caritativ tätige Orden. Fehlt die direkte Beziehung zum Priester, so bleibt nur der indirekte Kontakt über die Instrumente der modernen Kommunikation und Meinungsbildung, über Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film. Das Bild vom Priester wird weitgehend von diesem indirekten Kontakt geprägt. Es kommt aber sehr darauf an, welches Bild vom Priester nun diese Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung entwerfen. Der Referent, der ein Jahr lang vier große neutrale Zeitungen auf ihre religiöse Berichterstattung hin überprüft hat, mußte feststellen, daß im ganzen Jahre nur über drei religiöse Ereignisse wahrheitsgetreu berichtet worden war. Eine solche Berichterstattung, die sich des Priesters meist nur in bestimmten Grenzsituationen annimmt und selbst diese Grenzsituation verzerrt wiedergibt, ist natürlich nicht geeignet, auch bei der größten Unvoreingenommenheit des Lesers, die wiederum nicht einfach vorausgesetzt werden kann, bei diesem einen wahrheitsgetreuen Eindruck von der Kirche und der priesterlichen Existenz zu vermitteln. Ähnliches gilt vom Film, in dem der Priester meist in einer „allzu dramatischen“ und einseitig menschlichen Weise dargestellt wird. Zu sehr beschäftigt sich der Film mit Priestergestalten, die unter der Einsamkeit leiden oder daran zerbrechen. Da sich das Publikum nach solchen Vorstellungen das Bild vom Priester bildet, können die hohen menschlichen Eigenschaften, die ihm zugesprochen werden, über die falschen Vorstellungen über den Priester im Volke nicht hinwegtäuschen.

Die Meinung der praktizierenden Katholiken

In Ergänzung zu dieser soziologischen Umfrage wurden 50 000 Fragebogen versandt, mit deren Hilfe die Einstellung der aktiven und praktizierenden Katholiken zum Priester erkundet werden sollte. In den 7000 Antworten aus ganz Frankreich wurden hauptsächlich zwei Gruppen von Faktoren festgestellt, die in den Augen dieser Katholiken ein Hindernis für den jungen Menschen gegenüber dem Priesterberuf darstellen. Die erste Gruppe umfaßt mehr äußere Faktoren. Als besonderes Hindernis wurde die allzu starke Trennung des Priesters vom Volk empfunden, seine persönliche Isolierung und Einsamkeit. Für viele bedeutet auch der Zölibat ein Hindernis. Er scheint vielen mit den heutigen Lebensbedingungen, aber auch mit der ursprünglichen Bestimmung des Menschen zum Leben in der Ehe und Familie in Widerspruch zu stehen, so daß sie an die Erfüllung der Zölibatspflichten durch den Priester kaum glauben. Die heutige Betonung der Werte von Ehe und Familie, die bei den französischen Katholiken besonders stark ist, bildet ohne Zweifel eine wichtige Ursache für die Minderbewertung des Zölibats.

Das Tragen der Soutane wird von den „Saisonkatholiken“ aus folkloristischen Gründen (sic!) begrüßt, während es gerade von den militanten Katholiken abgelehnt wird. Sie beklagen, daß die Priester sich heute noch so kleiden müssen wie ein Zeitgenosse Napoleons.

Die meisten der Befragten wiesen aber auch auf allgemeinere und tiefer liegende Hindernisse hin: wachsender Materialismus und fortschreitende Entchristlichung aus bisher gläubiger Schichten und vor allem die einseitige technische und wirtschaftliche Orientierung der Massen, die ein Klima der Kampflosigkeit und Bequemlichkeit schafft, die sich für militante und schwere Opferfordernde Berufe negativ auswirkt. Diese Tatsache betrifft aber, wie Dubois-Dumée in seinem Referat zeigte, nicht bloß den geistlichen Nachwuchs, sondern alle Bewegungen mit militantem Charakter. Die negativen Folgen des wirtschaftlichen Wohlstandes wirken sich auch auf die Führungskräfte der Gewerkschaften, Parteien und der katholischen Verbände aus.

Die Referate und Arbeitsgemeinschaften, verbunden mit einem öffentlichen Diskussionsabend, sollten aus den Ergebnissen der Meinungsumfragen eine Art Synthese schaffen. P. Verecke CSSR vom Institut Catholique gab in seinem Referat eine geschichtliche Übersicht über das Problem der geistlichen Berufungen innerhalb der Kirche und stellte fest, daß der Kirche in jeder geschichtlichen Epoche so viele geistliche Berufe geschenkt worden sind, wie nötig waren, um die jeweils besondere Situation der Kirche zu bewältigen. Als Beispiel dafür führte er die verschiedenen Ordensgründungen an, durch die der Kirche immer wieder neue, einem ganz bestimmten Bedürfnis entsprechende Berufungen zugeführt worden sind. P. Liégé OP (Saulchoir) hob in seinem pastoraltheologischen Grundsatzreferat die Verantwortung der ganzen Kirche für den Priesternachwuchs hervor. Die Weckung und Pflege von Priesterberufen seien kein Monopol der Priester, sondern gehen auch den Laien an, besonders die katholischen Familien. Damit aber diese Aufgabe genügend erkannt werde, müsse die kirchliche Verkündigung einen Begriff der Kirche und des Priestertums vermitteln, der geeignet ist, das übernatürliche Fundament des Priesterberufes sichtbar zu machen. Das Problem der geistlichen Berufe könne nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang der ganzen kirchlichen Pastoral. Die Sendung des Priestertums könne nur dann voll verstanden werden, wenn sich die Katholiken ihrer Berufung als Getaufte und Glieder der Kirche bewußt seien.

Kardinal Richaud wies auf die Notwendigkeit technischer und organisatorischer Umstellungen hin und unterstrich unter Hinweis auf das kommende Vatikanische Konzil die Notwendigkeit, sich über die gebotenen Möglichkeiten Rechenschaft zu geben und die verfügbaren Kräfte zu sammeln.

M. Lacambe, der Nationalsekretär der JOC, betonte in seinem Referat die Dringlichkeit, in besonderer Weise geistliche Berufungen aus der Arbeiterschaft zu pflegen, weil zur Missionierung der Arbeiterschaft mehr Priester aus den eigenen Reihen notwendig seien. Aber auch dies sei nur möglich, wenn sich Priester wie Laien um die Pflege echten apostolischen Geistes in den Pfarreien bemühten. „Das Fehlen der apostolischen Offenheit einer Pfarrei ist einer der Gründe für den Mangel an Berufen.“ An der priesterlichen Ausbildung kritisierte der Referent manche Gepflogenheiten und Einrichtungen in den Seminaren, angefangen von der allzu starken Isolierung der Kandidaten von der Familie und vom eigenen Milieu bis zur Erziehung zu einem theologischen Sprachgebrauch, der zwar wissenschaftlich, aber für die Verkündigung wenig brauchbar sei.

In seinem Schlußreferat faßte Erzbischof Garrone als Vorsitzender des Kongresses das Ergebnis der Beratungen zusammen: Er warnte, sich angesichts des Priestermangels einem sterilen Pessimismus hinzugeben. Der Priestermangel sei zwar seit einem halben Jahrhundert bereits spürbar und mache sich in Seminarien und Noviziaten in gleicher Weise bemerkbar, aber der Alarmruf, der deswegen erfolgt sei, sei kein Aufschrei eines Sterbenden, sondern Ausdruck des Willens zum Leben. Man solle sich in den gegenwärtigen Entwicklungen keinen Täuschungen hingeben. Wenn alle Katholiken, Priester und Laien, ihre Aufgaben voll erfüllten, werde es auch unserer Zeit an Berufungen nicht fehlen. Ausdrücklich widerlegte der Bischof die Meinung, das industrielle Klima sei für die Weckung geistlicher Berufe ungeeignet. Er wies darauf hin, daß hochindustrialisierte Gebiete in Deutschland und Holland über einen besseren geistlichen Nachwuchs verfügen als bestimmte agrarische Gebiete in anderen Ländern. Ganz offensichtlich sei dieser Gegensatz in Nord- und Südamerika. Jede Gesellschaftsstruktur sei geeignet, geistliche Berufe hervorzubringen, sofern die Christen sich genügend bemühen, diese Strukturen mit christlichem Geiste zu erfüllen. Da die Kirche heute eine universale Kirche sei und jeder einzelne der Welt als Ganzheit gegenüberstünde, können Berufe nur gedeihen, wenn sie in ihrer universalen Bedeutung sichtbar gemacht werden und in der Förderung der Berufe jeder Partikularismus vermieden wird.

**Für und wider
die Muttersprache
in der Liturgie**

In der Absicht, einen Beitrag zur Information der Väter des künftigen Konzils zu leisten, führte die „Vernacular Society of Great Britain“ im Sommer des vergangenen Jahres unter dem Welt- und Ordensklerus der Diözese Portsmouth eine Meinungsumfrage über das Für und Wider der Muttersprache in der Liturgie durch. Ihre Ergebnisse wurden in der Zeitschrift „The Clergy Review“ (Bd. 46, Nr. 4, April 1961, S. 193—210) veröffentlicht.

Die genannte Vereinigung britischer Katholiken, die in ihrer Mehrheit aus Laien besteht, sucht die Anteilnahme der Gläubigen an der Liturgie zu fördern und tritt aus diesem Grunde für einen häufigeren Gebrauch der englischen Sprache in den Gottesdiensten ein, der in Großbritannien noch nicht in demselben Umfang üblich ist wie in den Ländern deutscher Zunge. Daraus erklärt sich die Existenz einer Vereinigung mit diesem Ziel. In England wird das Lateinische nicht allein aus Verehrung gegen die Überlieferung und als Ausdruck katholischer Universalität verteidigt. Man sieht in der Sprache der Kirche auch ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber den Anglikanern und ein Symbol jener Treue zu Rom, die durch das Blut vieler Märtyrer besiegelt worden ist. Darum ist die Frage der liturgischen Sprache in diesem Lande durch Gefühlsmomente belastet, die anderswo nicht so empfunden werden, und diese haben ihre tiefen Wurzeln in der konservativen Haltung der Briten zu traditionellen Bräuchen, die sich auch im religiösen Leben der Katholiken widerspiegelt. So ist es nicht verwunderlich, daß auch die Antworten auf diese Umfrage zu einem größeren Teil, als man vielleicht erwartet, Vorbehalte oder gar eine grundsätzliche Ablehnung zum Ausdruck bringen, deren Begründungen den Klerus und die Laien in den deutsch-

sprachigen Ländern wahrscheinlich nicht ganz befriedigen und zum Teil durch die Erfahrung widerlegt werden. Bei allem Respekt vor diesen Überzeugungen hat der ausländische Gast englischer Katholiken den Eindruck, daß die aktive Teilnahme der Gläubigen an der Liturgie dort äußerlich weniger zum Ausdruck kommt als in vielen gottesdienstlichen Gemeinden in Mitteleuropa, und er wird kaum davon abzubringen sein, daß das auch mit dem ganz überwiegenden Gebrauch des Lateinischen im Gottesdienst zusammenhängt.

Eine Umfrage

Die britische Umfrage erging an 302 Geistliche der Diözese Portsmouth, 137 Welt- und 165 Ordenspriester, und sie wurde von 122 der Befragten, nämlich von 60 Welt- und 62 Ordensgeistlichen, beantwortet. Leider mußte sie in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf einen so engen Kreis beschränkt werden. Aber vielleicht ist dieser Kreis dennoch repräsentativ für den ganzen englischen Klerus, weil er nach keinerlei künstlichen Gesichtspunkten, sondern einfach nach der Diözesanzugehörigkeit zusammengesetzt war. Die Laien kommen dabei zwar nicht zu Gehör, doch darf man annehmen, daß die Seelsorger bei ihrer persönlichen Entscheidung auch an die Mitglieder ihrer Gemeinden gedacht haben. Leider hat nicht einmal die Hälfte der Befragten geantwortet. Doch ist diese Beteiligung angesichts der Erfahrungen bei sonstigen Enqueten nicht schlecht, und es gibt keinen Grund, die Schweigenden überwiegend der einen oder der anderen Meinung zuzuzählen. Auch die Schlußfolgerung, daß sie allesamt die Umfrage für bedeutungslos oder ihren Gegenstand für unangemessen angesehen und deshalb geschwiegen hätten, wäre voreilig; je mehr die Adressaten einer Umfrage auf Grund ihrer Bildung und Sachverständigkeit die Tragweite ihres Gegenstandes erkennen und gewohnt sind, ihr Urteil abzuwägen, um so weniger sind sie geneigt, bei einer solchen Gelegenheit mit einem klaren Ja oder Nein zu antworten, und um so eher, zu schweigen. Man darf deshalb mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Redenden auch für die Schweigenden gesprochen haben.

Soll die Muttersprache grundsätzlich zugelassen werden?

Die Frage nach der Opportunität der Muttersprache bezog sich auf die heilige Messe, die Heilige Woche und das kirchliche Offizium. Die Sakramente blieben außer Betracht, weil darüber auch in England soviel wie eine Meinung besteht und mit der Einführung der englischen Sprache schon begonnen wurde. Was die heilige Messe betrifft, ist das Ergebnis recht vielsagend. Von den Pfarrern waren 70% gegen jeden Gebrauch der englischen Sprache, von den Hilfsgeistlichen dagegen 68% dafür. Ebenso sprachen sich 58% der Ordensleute dafür aus, und unter diesen Befürwortern waren 90% der auswärtigen Missionare, die man gefragt hatte. Auch von den im Lehrfach tätigen Ordensgeistlichen äußerten sich fast zwei Drittel zugunsten des Englischen; die in der Pfarrseelsorge beschäftigten Ordensleute allerdings im gleichen Verhältnis dagegen. Alles in allem befürworteten 52% der Antworten die Einführung der englischen Sprache in die heilige Messe in einem mehr oder weniger großen Umfang. In bezug auf die Gottesdienste der Osterfeier stieg dieser Prozentsatz auf 61%. Für die Muttersprache

beim privaten Gebet des kirchlichen Offiziums stimmten 54% der Weltgeistlichen, allerdings nur 34% der Ordensleute.

Gründe dafür . . .

Die Begründung der Entscheidung, die zunächst prinzipiell für oder gegen die Einführung der Muttersprache getroffen werden sollte, war durch die Umfrage erleichtert worden. Der Fragebogen führte sechs Gründe dafür und sechs dagegen an, die nur nach ihrem Gewicht zu bewerten waren. Die Befürworter der Muttersprache bewerteten als wichtigste Gründe den Verkündigungscharakter der Liturgie und die gemeinschaftsbildende Wirkung gemeinsamen Betens in der Muttersprache; die Weltpriester mehr das Erste, die Ordensgeistlichen mehr das Zweite. Als weitere Gründe wurden anerkannt die Angemessenheit, das Wort Gottes dem Volk Gottes in dessen eigener Sprache zu verkündigen, und die Erleichterung der aktiven Teilnahme an der Messe in Gestalt der *missa dialogata*. An letzter Stelle kamen der Gedanke, die Messe für die Gläubigen interessanter oder attraktiver zu machen, und die Überzeugung von der Schönheit und Würde der englischen Sprache als Ausdruck des Gottesdienstes.

. . . und dagegen

Die Gegner jeden Gebrauchs der Muttersprache in der Liturgie nannten als Hauptgrund für ihre Entscheidung die in der lateinischen Sprache versinnbildete Einheit der Kirche und in engem Zusammenhang damit die befriedigende Tatsache, daß die lateinische Messe auf der ganzen Welt in genau derselben Weise gefeiert wird. An dritter Stelle führte die Mehrzahl der Gegner aus dem Weltklerus an, daß beim Volk kein Bedürfnis nach Einführung der Muttersprache bestehe, während die Ordensleute auf das Moment des Mysteriums und seine Repräsentation durch die lateinische Sprache hinwiesen. Dieser Grund spielte bei den Weltgeistlichen die letzte Rolle. Wichtiger erschien ihnen dagegen die Ehrfurcht vor der Romtreue der englischen Märtyrer. Alle waren sich darin einig, daß die Schwierigkeiten einer guten einheitlichen Übersetzung der Meßtexte nicht unüberwindlich sein würden.

Um den lateinischen Kanon

Für den status quaestionis einer Reform der liturgischen Sprache ist es bezeichnend, daß die Frage, ob die ganze heilige Messe in englischer Sprache gefeiert werden solle, überhaupt nicht gestellt wurde, wiewohl sie doch eigentlich das Problem am radikalsten zum Ausdruck bringt. Es scheint als ausgemachte Sache zu gelten, daß an dem lateinischen Kanon unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe. Der Grund für diese, wie es scheint, ziemlich allgemeine Meinung liegt wohl darin, daß man im lateinischen Kanon den angemessenen Ausdruck der Ehrfurcht vor dem *mysterium fidei* erblickt. Ob die Ansicht, das Mysterium müsse durch die Sprache angedeutet werden, liturgisch haltbar ist, kann freilich bezweifelt werden. Ursprünglich war es nicht so. Man kann sich auch nicht auf die Vorschrift berufen, daß der Kanon vom Priester leise gesprochen werde; denn für die Bischofsmesse ist das Gegenteil vorgeschrieben. Man darf auch fragen, ob die Verwendung verschiedener Sprachen unter Beibehaltung des Lateinischen für den Kanon nicht neuerdings bei den Gläubigen jene unkorrekten Vorstellungen begünstigen würde, die sich früher in der Unterscheidung

zwischen Messe und „Vormesse“ und zwischen drei Hauptteilen der Messe ausdrückten, von denen die Wandlung der „wichtigste“ war. Das mag zu der gerade in katholischen Ländern verbreiteten Unsitte beigetragen haben, besonders in der Männerwelt, sich bei der „Anhörung“ der Sonntagsmesse auf den unhörbaren „wichtigsten“ Teil zu beschränken.

Für welche Teile der Messe ist die Muttersprache wünschenswert?

Aber die britische Umfrage zeigt, daß die meisten Befürworter des Gebrauchs der Muttersprache sie nur im Wortgottesdienst eingeführt wissen wollen, und auch da nicht einmal in allen Teilen. Nur für Epistel und Evangelium fand sich eine Mehrheit von 62%; in bezug auf die Kollekte war sie erheblich knapper. Für die übrigen Teile des Wortgottesdienstes wurde von der Mehrheit das Lateinische gefordert. Nur die kleine Minderheit von 8% sprach sich dafür aus, daß die ganze „Vormesse“ in der Muttersprache gehalten werde. Danach ist es nicht mehr verwunderlich, daß eine Mehrheit von 61% der Antworten für den gesamten Opfertagesdienst der Messe die lateinische Sprache beizubehalten wünscht. Etwas größer, doch immer noch in der Minderheit war das Verlangen, daß das Paternoster und die Postcommunio in der Muttersprache gebetet würden.

Im Gottesdienst der Heiligen Woche befürworteten 70% der Antworten den Gebrauch des Englischen in der Passion, und fast ebenso viele forderten dasselbe für sämtliche Schriftlesungen und die Fürbittegebete. Dagegen war eine schwache Mehrheit für die Beibehaltung der lateinischen Hymnen. Für die öffentliche Rezitation des Offiziums verlangte die Zweidrittelmehrheit die Beibehaltung der lateinischen Sprache.

Spontane Begründungen

Schließlich sind noch einige Begründungen zu erwähnen, die manche Einsender ihrer Antwort aus eigener Initiative hinzufügten. Wie stark die Entscheidung in dieser Sache von Ressentiments beeinflusst wird, das zeigt sich in so extremen und pauschalen Urteilen wie dem, der Gottesdienst in der Muttersprache sei doch eigentlich „plain common sense“ und nur deshalb noch nicht eingeführt, weil unter uns Katholiken jede auch noch so konstruktive Kritik an irgendeiner kirchlichen Einrichtung als ehrfurchtslos verrufen, mithin die Bedeutung der Tradition maßlos übertrieben werde. Dagegen meinen andere, die Einführung der Muttersprache sei weder notwendig, noch werde sie von der Mehrheit des gläubigen Volkes überhaupt gewünscht. Es seien nur kleine Kreise der fürchterlichen Intellektuellen, die aus Neuerungs sucht oder aus protestantisierenden Neigungen soviel Lärm darum schlugen. Auch die Ansicht, die ganze Frage gehöre in die Kompetenz der Hierarchie, was ja niemand bestreitet, darf eigentlich nicht zu der Folgerung führen, daß die übrigen Gläubigen keine Meinung darüber haben oder äußern dürften. Wenn es so wäre, dann wäre der Grund dafür wahrscheinlich eher in einem Mangel an Interesse zu suchen. Wenn daher manche Antworten so sehr hervorheben, das Volk wolle gar nicht die Muttersprache, dann bedienen sie sich eines Argumentes von zweifelhaftem Wert. Andere sind der Meinung, für die Verständlichkeit der Texte sei durch die zweisprachigen Laien-

meßbücher und den Dolmetscherdienst der Vorbeter genügend gesorgt, und übrigens könne jeder bei etwas gutem Willen soviel Latein lernen, wie für die Messe nötig sei. Nun, das wird durch die Erfahrung nicht eben bestätigt; sind doch im allgemeinen nicht einmal die Ministranten in der Lage, die Texte zu verstehen, die sie zu sprechen haben. Und alle Hilfsmittel der Übersetzung beweisen, wie ein Benediktinermönch aus dem Lehrfach schreibt, nicht nur die Tatsache, daß die lateinische Sprache ein Hindernis für das Verständnis ist, sondern mehr noch, daß die aktive Teilnahme der Gläubigen ebenso ersehnt wie durch die fremde Sprache erschwert wird. „Wäre es nicht besser, man würde uns erlauben, zu Gott zu sprechen, und Gott erlauben, zu uns zu sprechen in einer Sprache, die beide Teile verstehen?“ „Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen“, äußert ein anderer, „daß heute die Einheit und Gleichförmigkeit, die durch das Lateinische bewirkt wird, allzuoft Teilnahmslosigkeit, Unwissenheit und Gleichgültigkeit bedeutet, nicht aber aktive Anteilnahme.“ Als schlichtesten und zugleich schwerwiegendsten Grund zugunsten der Muttersprache aber nennen mehrere Antworten spontan die Tatsache, daß der Herr selbst mit dem Volk in seiner Muttersprache verkehrte und sich niemals scheute, mit Traditionen zu brechen, die sich in Hindernisse verwandelt hatten. Und Christus ist es doch schließlich, der heute in der Liturgie spricht, deren wirklicher Hoherpriester er ist.

Aus der totalitären Welt

Polen nach den Wahlen

Am 16. April 1961 fanden in Polen zum zweiten Male seit der Machtübernahme durch Gomulka Wahlen zum Sejm statt. Auch diesmal unterschieden sie sich von den Wahlen in anderen Ländern des kommunistischen Blocks durch ein wenig mehr Freiheit. Niemand wurde gezwungen, an der Wahlurne zu erscheinen, und jeder hatte die Möglichkeit, Kandidaten von der Einheitsliste zu streichen; diese enthielt mehr Namen, als Plätze zu vergeben waren. Doch haben nicht viele Wähler von diesen Freiheiten Gebrauch gemacht, sei es weil sie darin das Risiko vermuteten, sich das Mißfallen der Partei zuzuziehen, sei es weil es ihnen sinnlos erschien, eine von der offiziellen Liste und Linie abweichende Meinung zu bekunden. So nahmen sie den Wahlzettel und warfen ihn unverändert in die Urne.

Ohne besondere Mühe erreichte die politische Führung eine Wahlbeteiligung von 94,33% und konnte 98,34% aller gültigen Stimmen für die Liste der Nationalen Einheitsfront gewinnen („Trybuna Ludu“, 19. 4. 61).

Wie im Jahre 1957, so waren auch diesmal einigen Kandidaten der drei katholischen politischen Gruppen Plätze auf der Einheitsliste zugestanden worden. Alle diese Kandidaten wurden gewählt, zum Teil mit demonstrativen Mehrheiten. So schlug in Krakau der bekannte katholische Publizist Stanislaus Stomma den Ministerpräsidenten Cyrankiewicz mit 96,5% gegen 93,2% der Stimmen und in Breslau der erstmals aufgestellte katholische Bewerber Mazowiecki mit 97,4% den Außenminister Rapacki, der es nur auf 93,2% brachte. Unter 460 Abgeordneten des neuen Parlamentes wurden elf als Katholiken herausgestellte Kandidaten gewählt. Fünf von ihnen gehören zur Gruppe „Znak“, die dem Episkopat genehm ist, je drei zur „Pax“-Organisation von Boleslav Piasecki und zu der von dieser abgesplitterten „Sozial-Fortschritt-

lichen Bewegung“ des Abgeordneten Frankowski, die beide von den Bischöfen nach wie vor scharf abgelehnt werden. Im vorigen Sejm war „Znak“ durch neun Abgeordnete vertreten, die beiden anderen Gruppen dagegen nur durch je einen. Diesmal, so sagt man, habe die Führung der Einheitsfront die Gewichte zwischen den katholischen Richtungen anders verteilt, um dadurch zu bekunden, daß sie selbst allein darüber entscheidet, wie die politische Repräsentation der Katholiken auszusehen hat. Es kann auch der Kirche ziemlich gleichgültig sein; denn einen wirklichen politischen Einfluß haben diese wenigen Abgeordneten ohnehin nicht, wiewohl sie im vorigen Parlament öfters in weltanschaulichen Fragen mutig ihre Stimme erhoben und in einzelnen Fällen auch etwas erreicht haben.

Nach dem polnischen Oktober von 1956 konnte Gomulka sich, wie bekannt, nur mit Hilfe der Unterstützung durch die Kirche behaupten, und diese sah darin die einzige Möglichkeit, eine Katastrophe wie in Ungarn zu vermeiden. Man hat in Polen selbst und mehr noch in der westlichen Welt die Hoffnung gehegt, der neue Weg des Kommunismus in Polen könne, nicht zuletzt dank dieser Notgemeinschaft, eine demokratische Entwicklung nehmen oder wenigstens zu einer dauerhaften Koexistenz zwischen den zwei geistigen und sozialen Mächten führen, die sich in praktischen Kompromissen als für beide Teile tragbar und vorteilhaft erweisen würde. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Westeuropas sah in dem Arrangement zwischen Kommunismus und Katholizismus so etwas wie einen Modellfall geistigen Tauwetters auf der einen und freier christlicher Existenz innerhalb einer totalitären Gesellschaft auf der anderen Seite.

Diese Hoffnungen haben sich durch die letzten Wahlen, wenn es dessen noch bedurfte, als Illusionen erwiesen. Gomulka hat diesmal die Wahlen ohne Unterstützung durch die Kirche gewonnen. Er war seiner Sache so sicher, daß er gar nicht darum zu bitten brauchte, ja daß er es sich sogar erlauben konnte, die Kirche kurz vor den Wahlen mehrfach in der schärfsten Form herauszufordern. So lieferte er ein neues Beispiel für die schon oft bewiesene Tatsache, daß ein kommunistisches Regime zwar in der Not zu Koalitionen im Sinne einer Volksfront bereit und dabei durchaus nicht wählerisch in seinen Partnern ist; konnte ihm doch kaum ein Partner weniger sympathisch sein als die katholische Kirche, daß eine solche Koalition für es aber keinen andern Sinn haben kann, als die eigene Macht zu festigen und den Partner dann die Zeche bezahlen zu lassen.

Die Notgemeinschaft zwischen Gomulka und der Kirche hat aufgehört zu bestehen, weil die Macht des derzeitigen Regimes nach innen und außen vollständig etabliert ist. Jetzt geht es darum, die „verlorene Zeit einzuholen“, wie der „Osservatore Romano“ (24. 3. 61) es ausdrückte, das heißt die geistige Gleichschaltung zu forcieren, die man in den letzten vier Jahren aus Rücksicht auf die katholische Kirche zurückstellen mußte. Es ist interessant, daß auch die „Neue Zürcher Zeitung“ (6. 5. 61) den Eindruck äußert, Gomulka müsse sich jetzt beeilen, die peinlichen Eindrücke zu verwischen, die man ihm in der Vergangenheit in Westeuropa als Fortschritte angerechnet hat: „Statt als Bahnbrecher einer neuen Entwicklung erscheint Polen heute als das auf dem Weg zum Sozialismus am weitesten zurückgebliebene Land, auf das seine Nachbarn bald mitleidig und bald ungeduldig herabblicken.“

Was die Kirche Polens zu erwarten hat, wird in demsel-

ben Aufsatz so geschildert: „Die Kirchenpolitik der polnischen Kommunisten unterscheidet sich grundsätzlich in keiner Weise von der anderer kommunistischer Länder. Als Programm wird die völlige Trennung von Staat und Kirche postuliert und das Verbot politischer Betätigung der Priester. Die Religion soll Privatsache des einzelnen sein, wobei sich der Staat das Recht vorbehält, atheistische Bestrebungen administrativ zu fördern. Die gleichen Prinzipien werden in durchaus verschiedener Form angewendet; in Polen genießt die katholische Kirche noch völlige Selbständigkeit, während beispielsweise in Ungarn jedem Bischof ein regimetreuer Priester als Koadjutor beigegeben ist. . . . Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die polnische Partei genau den gleichen Weg gehen wird, wenn sie den Moment dafür als gekommen erachtet. Sie läßt sich mehr Zeit, aber sie hat dafür nicht unbeschränkt Zeit.“ Dieses Urteil der renommierten Schweizer Zeitung ist deswegen festzuhalten, weil man von Polen aus bemüht ist, diese Ansicht als vatikanische Verleumdung in Verruf zu bringen. Grundsätzlich toleriert Polen die Kirche und die christliche Religion nicht im geringsten mehr als irgendein anderes kommunistisches Land. Was als Toleranz und Koexistenz erschien, war nur die Geste einer vorübergehenden Schwäche. Jetzt wird die Frontlücke begradigt.

Von den Maßnahmen, die dazu dienen, ist vor allem die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus allen polnischen Schulen zu beachten, die nach allmählichem Vorstoß (vgl. den letzten Bericht über Polen in dieser Zeitschrift ds. Jhg., S. 140) jetzt vollendet ist. Ferner wurde die Kirche mit allen ihren Einrichtungen steuerrechtlich den privaten Unternehmen gleichgestellt, eine Anordnung, die allerdings noch nicht durchgeführt zu werden scheint. Sodann gibt es eine Anzahl von Einschüchterungsversuchen. Es wird vor dem Eintritt in die Priesterseminare gewarnt, oder es werden Parteimitglieder wegen des Besuchs der Gottesdienste zur Rechenschaft gezogen.

Anordnungen dieser Art bestätigen indes nur das Urteil der „Neuen Zürcher Zeitung“, daß Polen eine radikale Trennung von Kirche und Staat anstrebe; sie können nicht als Akte der Verfolgung bezeichnet werden. Die Kirche kann den Religionsunterricht außerhalb der Schule organisieren, sie kann Theologen ausbilden, sie kann auch finanziell existieren, sie kann sich schließlich der für sie so wesentlichen Publizität über die Kanzeln bedienen. Sie hätte eigentlich keinen Grund, sich zu beklagen, wenn nicht alle diese Rechte in einem totalitären Regime praktisch zu einer Fiktion würden. Dadurch wird die Kirche zu der militanten Aktionsweise gezwungen, die aus allen Reden von Kardinal Wyszynski herauszuhören ist. Wenn er sagte, daß die polnischen Cäsaren sich schließlich doch vor Gott würden beugen müssen oder daß die Welt nach Priesterblut dürste, dann appelliert er an den innern Widerstand der Gläubigen gegen die Vergewaltigung durch die Machthaber des Staates, der auch in Polen mehr und mehr die Lebensweise der Kirche bestimmt.

Aus Amerika

Brasiliens neuer Kurs

Der in der Geschichte Brasiliens beispiellose Wahlsieg von Janio Quadros und die verfassungsmäßigen Möglichkeiten des Präzidentensystems haben dem neuen Präsidenten seit seinem Amtsantritt zu Beginn des Jahres alle Freiheiten gewährt, seine dynamische Persönlichkeit und seinen besonderen

Stil in Verwaltung und Politik zu entfalten, ohne daß bisher eine nennenswerte Opposition in Erscheinung getreten wäre. Das ist um so erstaunlicher, als die Maßnahmen der neuen Regierung im Innern zunächst höchst unpopulär wirken müssen. Durch Drosselung des Imports als Folge einer strengen Devisengesetzgebung und durch energische antiinflationäre Maßnahmen hat die ohnehin schon lastende Teuerung auch auf die Grundnahrungsmittel übergegriffen. Tausende von Beamten, die noch in den letzten Monaten und Wochen der Regierung Kubitschek eingestellt worden waren, sind wieder entlassen, die Dienststunden verlängert, der Militäretat gekürzt, Handelsvertretungen im Ausland aufgelöst und ihre Arbeit den Botschaften oder Konsulaten übertragen worden. Aber es wird noch lange dauern, bis diese und andere drastische Sparmaßnahmen die zerrüttete Finanz- und Wirtschaftslage sanieren werden. Auch die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die das Geschäftsgebahren der großen, unter Kubitschek krebsartig ausgewucherten wirtschaftlichen „Autarkien“ (Instituto do Café, Petrobars usw.) unnachsichtig überprüfen, ist nicht geeignet, dem Präsidenten nur Freunde zu machen. Immerhin erfüllt Quadros damit die Symbolik des „Besens“, in dessen Zeichen er als parteiloser und nur durch frühere Leistungen qualifizierter Politiker angetreten ist, zumal seine persönliche Sauberkeit als über jeden Zweifel erhaben gilt. Er regiert zwar von Brasilia aus, aber noch ist nicht zu erkennen, in welcher Weise er die neue Hauptstadt, die an dem finanziellen Ruin des Landes auch die Hauptschuld trägt, weiterentwickeln wird (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 554).

Die Außenpolitik

Zwielichtiger ist der neue außenpolitische Kurs, den Quadros steuert. Unmißverständlich hat er den Nordamerikanern bedeutet, daß er nicht von ihnen abhängig zu sein wünscht. Präsident Kennedys Chefplaner für lateinamerikanische Angelegenheiten, Berle, erhielt für sein Angebot von 100 Millionen Dollar Kredit, großangelegte Wirtschaftshilfe und Lebensmittel für den hungernden Nordosten Brasiliens beleidigend knappen Dank. Bald darauf erfolgten Schritte, die deutlich nach Osten wiesen: Präsident Tito wurde zu einem Besuch eingeladen und auch die Namen Nasser, Nkrumah und Nehru als willkommene Gäste genannt. Die nominell noch bestehenden Gesandtschaften Lettlands und Litauens wurden geschlossen, die Gesandtschaft in Warschau in den Rang einer Botschaft erhoben, diplomatische Beziehungen zu Bulgarien, Rumänien und Ungarn angeknüpft und die Aufnahme solcher Beziehungen zu Moskau, Peking und allen afrikanischen Staaten vorbereitet. Die Handelsbeziehungen zur deutschen Sowjetzone wurden verstärkt. Unmittelbar berührt das Verhältnis zum Westen und vor allem zu den Vereinigten Staaten die veränderte Einstellung Brasiliens zur Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen sowie die Verweigerung jeder Unterstützung der nordamerikanischen Politik gegen Kuba. Brasilien, erklärte Quadros, gehöre als christliches Land zur freien Welt, könne aber die Lebenskraft der sozialistischen Länder nicht übersehen; vor allem seien für seine ideologische Einstellung nur die nationalen Interessen maßgebend. Die Vorstellung, daß sich unter dem Eindruck der kubanischen Ereignisse in Südamerika unter Führung Brasiliens als des volkreich-

sten und größten Landes und im Verein mit Argentinien und dem von starken, wachsenden marxistischen Kräften bestimmten Chile ein zumindest neutralistischer Block zu bilden beginnt, ist nicht von der Hand zu weisen, obwohl man noch nicht klar sieht, welche Trümpfe die Vereinigten Staaten noch ausspielen werden und welche Opfer sie zu bringen bereit wären, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Quadros Dilemma

Es hat den Anschein, daß Präsident Quadros weniger von ideologischen Motiven als von pragmatischen Zwängen geleitet ist: Brasilien braucht für seinen Kaffee die Alternative neuer Märkte, wenn Nordamerika und der übrige Westen nicht genug kaufen und nicht genug zahlen. Daher der Drang nach Osten. Darüber hinaus steht Quadros aber auch unter einem typisch lateinamerikanischen Druck: das durch übereilte Industrialisierung entstandene Stadtproletariat und mehr noch die proletarische Reservearmee der besitzlosen Landarbeiter drängen ihn in eine Richtung, in der Castro als Fahnenträger voranmarschiert ist. Besonders im Nordosten Brasiliens, wo Dürre, grenzenlose Armut, Analphabetismus (70%), Hunger und eine Art von Leibeigenschaft auf riesigen Landgütern herrscht, ist bereits ein Revolutionär, Francisco Julião, aufgetreten, der genau nach kubanischem Vorbild eine „Liga der Landarbeiter“ mit sozialrevolutionären Zielen gegründet hat. Quadros kann dieser Bewegung den Wind nur dadurch aus den Segeln nehmen, daß er sich ihr Programm teilweise zu eigen macht und in den Gesamtplan seiner Politik einzuordnen versucht. Daß dieser „Linkskurs“ ihn in Konflikt mit der Kirche bringen kann, ist durchaus möglich. Wenn auch gerade kirchliche Führer, wie Erzbischof Helder Câmara, Weihbischof von Rio de Janeiro, und der gesamte Episkopat des Staates São Paulo, aber auch die Bischöfe des Nordens der geplanten und dringend notwendigen Agrarreform durchaus zustimmen, sie fordern und fördern, so hat sich der Kardinal von Rio de Janeiro doch genötigt gesehen, den außenpolitischen Kurs der Regierung scharf zu kritisieren, gegen den geplanten Besuch von Tito energisch seine Stimme zu erheben und anzuordnen, daß bei der Ankunft des jugoslawischen Präsidenten ununterbrochen die Totenglocken zu läuten hätten, da die brasilianischen Katholiken das Martyrium von Kardinal Stepinac und die Lage der Schweigenden Kirche nicht vergessen könnten. Die katholischen Martyrer würden sich in ihren Gräbern umdrehen, wenn das größte katholische Land der Welt den Kommunisten so offen seine Unterstützung liehe.

Nun ist nicht zu leugnen, daß die Kirche in Brasilien eine so beachtliche Erscheinung darstellt, daß der sich zum katholischen Glauben in einer allerdings etwas unverbindlichen Form bekennende Präsident kein Zerwürfnis mit ihr heraufbeschwören wird. Aber er wird seinen Weg unbeirrt gehen, da er genausogut wie der Kardinal von Rio weiß, daß Brasilien zwar das „größte katholische Land der Welt“ ist, dieser ausdehnungs- und zahlenmäßigen Größe jedoch keine innere Kraft entspricht, so daß er sich bei seinem Bemühen um eine soziale Neuordnung und politische Neuorientierung leider nicht nur auf die helfenden und heilenden Mächte christlicher Verantwortung und kirchlichen Öffentlichkeitsauftrags stützen kann.

Daß die Katholische Aktion und die übrigen Laienvereinigungen den örtlichen Verhältnissen und Anforderungen entsprechend angepaßt werden. Missionsgebetsmeinung für Juli 1961

„Die Akkommodation ist in der Mission nicht das Wichtigste. Manchmal hat man fast den Eindruck, als ob über sie zu viel geredet und geschrieben würde. Es gibt bedeutsamere Aufgaben. T. C. Chao hat 1928 in Jerusalem sehr treffend erklärt: Es ist sehr wichtig, das Christentum in chinesischen Formen auszudrücken, aber es ist noch viel wichtiger, es erst zu verstehen und zu leben.“ Außerdem muß zur Anpassung an das Alte und Bestehende unbedingt die Sorge und das Bemühen um die Neugestaltung der Menschen, der Völker und der Welt kommen. Der Blick ist viel mehr, viel entschiedener und viel entschlossener nach vorwärts zu richten — auf die „neue Schöpfung“ und die „Erneuerung der Welt in Christus“ (Thomas Ohm, Asiens Nein und Ja zum westlichen Christentum, München 1960). Wenn man die Dinge in der abstrakten Ordnung der Werte betrachtet bzw. der Zielsetzung der Missionsmethodik, so kann man diesen Ausführungen unbedingt zustimmen. In der Praxis des Missionsapostolats aber ist es von größter Bedeutung, daß die Botschaft des Glaubens in die Kulturen hineingesprochen und von diesen aufgenommen wird. Nur so kann sie gelebt werden und sich die dem Leben eigenen Ausdrucksformen schaffen. Die Erfahrungen, die man heute nach der Ablösung des Kolonialregimes in so manchen Missionen macht, zeigen, daß mangelnde Akkommodation ernstlich den Bestand des Christentums in Ländern bedroht, die viele Jahrzehnte lang Gegenstand beharrlichen Apostolats waren, dessen äußerer Erfolg in der Gewinnung Hunderttausender von Menschen zum Ausdruck kam. Wenn man sich fragt, warum das Laienapostolat aller Formen in den Missionen der notwendigen Dynamik entbehrt, so darf man bei Aufzählung der Gründe nie die faktische Problematik unserer Anpassungsmethoden vergessen.

Die Gebetsmeinung des Monats richtet sich auf die Notwendigkeit der Anpassung der katholischen Laienvereinigungen an die örtlichen Gegebenheiten. Es handelt sich hier gewiß nur um ein Teilelement aus dem großen Bereich der Akkommodation, das aber dem Heiligen Vater so wichtig erschien, daß er es — in Zuspitzung auf die wichtigste Form des modernen Laienapostolats — an die Spitze seiner Darlegungen über die Katholische Aktion in der Missionszyklika *Princeps Pastorum* stellte: „Doch ist es notwendig — und Wir halten es für richtig, immer wieder darauf hinzuweisen —, daß diese Apostolatsformen den örtlichen Bedingtheiten und Notwendigkeiten angepaßt wird. Denn es ist einfach unmöglich, das, was sich an einer Stelle erfolgreich durchgesetzt hat, unterschiedslos irgendwohin zu übertragen. Deshalb sollen die Verantwortlichen unter Leitung der kirchlichen Hierarchie und in freudigem Gehorsam gegenüber ihren Hirten Sorge tragen, daß die verschiedenen Apostolatsformen nicht zu einer übermäßigen Belastung werden, die kostbare Energien verhindern oder zersplittern könnte. Auf diese Weise würden nur bestimmte Einzelaufgaben übernommen und so die Aktion unvollständig und mangelhaft sein, weil sie mehr als billig auf Spezialisierungen bedacht ist. Was an einer Stelle als angemessen erscheinen mag, ist dennoch an einer anderen Stelle, wo die Umstände und Notwendigkeiten gänzlich verschieden sind,

von geringerem Nutzen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 177).

Die Gebetsmeinung erweitert die Anwendung dieser Richtlinien auf alle katholischen Laienvereinigungen, also auch auf jene, die mehr der Förderung des persönlichen Frömmigkeitslebens dienen, ohne eine ausgesprochene apostolische Zielsetzung zu haben. Die Missionsgeschichte hat nun gezeigt, daß die einfache Struktur der sog. Frommen Vereinigungen und ihre begrenzte Zielsetzung relativ leicht die notwendige äußere Anpassung an die Gegebenheiten ermöglichen. Die Schwierigkeiten wachsen in dem Maße, als die katholischen Laienvereinigungen ihre Tätigkeit dem außerkirchlichen Raum in apostolischer Sicht zuwenden. Sie sind am größten, wenn es sich darum handelt, nach den Prinzipien der Katholischen Aktion das Laienapostolat auf Pfarr-, Diözesan- und Landesebene als Hilfskraft des hierarchischen Apostolats zu organisieren und zu einer wirksamen Apostolatshilfe zu gestalten.

Johannes XXIII. und die Katholische Aktion

Die Mahnungen des Papstes in der obengenannten Enzyklika, die auch irgendwie Fragestellungen der Katholischen Aktion in den altchristlichen Ländern berühren, wären leichter konkret zu deuten, wenn schon die umfassenden Darlegungen vorlägen, die er in der ersten Enzyklika seines Pontifikates „zu gegebener Gelegenheit“ angekündigt hatte und auf die er in diesem Rundschreiben erneut hinweist. „Daraus“, so heißt es dort, „werden, wie Wir vertrauen, auch die Missionsländer bedeutende Vorteile ziehen und neue Impulse schöpfen. Inzwischen mögen alle Gläubigen in einträchtigem Wollen und übernatürlicher Gesinnung sich ans Werk begeben und überzeugt sein, daß sie sich nur unter diesen Bedingungen rühmen können, der Ehre Gottes, der Kultur und dem Fortschritt ihres Volkes zu dienen.“

Infolge der bisherigen Zurückhaltung Johannes' XXIII. in der Stellungnahme zu gewissen Strukturproblemen der Katholischen Aktion, die Pius XII. in seiner Ansprache an den Zweiten Weltkongreß der Laien (Okt. 1957; Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 115) zur Erörterung stellte, bleibt uns nur die Möglichkeit, seine persönliche Grundhaltung zu diesen und verwandten Fragen aus früheren Äußerungen oder aus gelegentlichen Ansprachen an Verbände oder Pilgergruppen zu erschließen und damit auch Interpretationsmöglichkeiten für die oben wiedergegebenen Weisungen zur Frage der Anpassung der Katholischen Aktion an die Verhältnisse der Missionen zu finden. Als der neue Papst am Tage nach seiner Krönung die berufenen Vertreter der Männerorganisation der Katholischen Aktion Italiens empfing, sprach er das Wort: „Der Papst ist neu, aber die Linie ist alt.“ Zwei Monate später erklärte er (10. 1. 60): „Der Papst, der zu Ihnen spricht, steht seit mehr als 50 Jahren im Dienste der Katholischen Aktion. Bei seinen Archiv-Forschungen lernte er ihre frühen Anfänge kennen. Er hat ihre Schwierigkeiten und ihre Begeisterung mitgelebt und war so imstande, ihre Entwicklung sowie ihre Anpassung der Zeit und den örtlichen Gegebenheiten nach zu begreifen...“ Pius XI. nannte er in der gleichen Rede „den Patriarchen der Katholischen Aktion“ und fuhr nach Würdigung der Verdienste seiner beiden unmittelbaren Vorgänger um die allgemeine Ausbreitung der Katholischen Aktion in der katholischen Welt fort: „Wir preisen diese geniale Intuition und die väterlichen, weit-

blickenden Initiativen, die aus dieser Organisation von Laienhilfskräften des hierarchischen Apostolats ein wunderbares Werkzeug zur Durchdringung aller Lebensbereiche mit dem christlichen Gedanken gemacht haben.“

Deutlich zeigen die Ansprachen des Papstes die Tendenz, die Katholische Aktion nicht aus ihrer Verankerung im gesamtchristlichen Apostolat zu lockern. Das rein persönliche Apostolat sinkt nicht deshalb von seiner Bedeutung und Würde herab, weil es kein besonderes Mandat zur Mitwirkung am hierarchischen Apostolat hat, und auch die zahlreichen Vereinigungen zur Pflege und Vertiefung des religiösen Lebens ihrer Mitglieder sind irgendwie Helfer dieses hierarchischen Apostolats. Johannes XXIII. sieht immer zuerst die Einheit der christlichen Gemeinschaft im Mystischen Leibe Christi und dann erst deren verschiedene Funktionen. In den Mitgliedern der Katholischen Aktion darf auch kein grundsätzliches Überlegenheitsgefühl über andere im Dienste der Kirche stehende Apostolatsorganismen aufkommen. Erst recht finden die Strömungen, für eine sehr eng gefaßte Konzeption der Katholischen Aktion eine Monopolstellung zu beanspruchen, bei Johannes XXIII. keine Förderung. Als Beweis seien ein paar Stellen aus Ansprachen des Papstes zitiert. In seiner ersten Rundfunkbotschaft vom 19. 10. 58 nennt er „jene Laien, die unter Führung der Bischöfe in den friedlichen Reihen der Katholischen Aktion kämpfen, und alle die anderen, die, in welcher Form auch immer, dem Apostolat der Hierarchie helfend zur Seite stehen“. In seinen Glückwünschen an den neuen Patriarchen von Venedig richtet er „väterliche Grüße an die Katholische Aktion und an alle Bruderschaften und Vereinigungen...“, die mit der Katholischen Aktion selbst die kostbare Hilfe des Bischofs zur Ausstrahlung des katholischen Apostolats darstellen“.

Wiederum nennt er die Katholische Aktion und die Frömmigkeitsvereinigungen in einem Atem, wenn er in seiner ersten Enzyklika *Ad Petri Cathedram* schreibt: „... Inzwischen hegen Wir die feste Hoffnung, daß alle jene, die in den Reihen der Katholischen Aktion oder den vielgestaltigen Frommen Vereinigungen, die in der Kirche blühen, arbeiten, mit dem größten Eifer eine so notwendige Tätigkeit fortsetzen.“ Johannes XXIII. will auch im Zeitalter der Katholischen Aktion für die Christen die Freiheit der Selbstgestaltung ihrer Organisationen gewahrt wissen, während dem Heiligen Stuhl und den mit ihm vereinigten Bischöfen obliegt, die Kräfte zu einen: „Man weiß, daß die Kirche — durch die Erfahrung der Jahrhunderte belehrt — es vorzieht, ihren Söhnen und den in ihrem Schoße blühenden Organisationen jene vernünftige Freiheit der Bewegung zu lassen, die auch im Schoße der menschlichen Gesellschaft eine Quelle reicher Initiativen und Energien ist. Es müssen dabei freilich die Rechte der von Gott selbst eingerichteten Hierarchie und das Prinzip der kirchlichen Autorität gewahrt werden. Andererseits muß man um so enger die Reihen schließen, je höher und härter umkämpft das gemeinsam zu erreichende Ziel ist. Es obliegt also jenen, die die Verantwortung für den Erfolg der Unternehmung tragen — dem Apostolischen Stuhl und in Vereinigung mit ihm den Diözesanbischöfen —, den Zusammenhalt und die Koordination der Kräfte zu bewirken, um jede Kraftvergeudung zu vermeiden und durch die Einung der Kräfte jene Ergebnisse zu erzielen, die von tapferen, aber zerstreut angesetzten Einzelinitiativen nie erreicht werden können“ (An den Lateinamerikanischen Bischofsrat, 15. 11. 58).

Es ist offenbar, daß die apostolische Ganzheitsschau Johannes' XXIII., die stets zuerst das Ganze bzw. den Ganzheitsbegriff, dann den Teil bzw. die begrifflichen Unterscheidungen, erst das Einende und dann das Trennende sieht, die ferner die verschiedenen Apostolatsformen immer in lebendiger Verbindung untereinander und mit ihrem übernatürlichen Quellort zu halten sucht, die schließlich für das freie Spiel der Gestaltungskräfte katholischen Organisationslebens im Rahmen der Grundordnung der Kirche eintritt, es den Missionsbischöfen erleichtert, die Katholische Aktion gleichsam aus der Gesamtheit der vorhandenen apostolischen Einrichtungen und Kräfte herauswachsen zu lassen. Es werden so alle die Schwierigkeiten vermieden, die in einer noch im Frühstadium befindlichen Kirche entstehen müssen, wenn man mit ganz wenig Führungskräften über einen oft dünn besiedelten ungeheueren Raum eine ganz neue Organisation aufzuziehen versuchte. Es soll damit nicht gesagt sein, daß für die Missionen nur ein föderalistischer Aufbau der Katholischen Aktion in Frage kommt. Die Tragfähigkeit der Fundamente entscheidet hier über das anzuwendende Aufbauprinzip. Aber das Fundament muß in seiner ganzen Breite und Tiefe gesehen werden: der christlichen Gemeinschaft als solcher, nicht nur unter der Begrenzung auf etwa vorhandene apostolische Einrichtungen und Kräfte, „die den Begriff der Katholischen Aktion erfüllen und damit fähig sind, mit dem kirchlichen Mandat beauftragt zu werden“. Es darf in den Missionen nichts von der Katholischen Aktion ausgeschlossen werden, was Ansatzpunkte zu apostolischer Entwicklung bietet. Dies gilt zunächst für die sog. Frommen Vereinigungen, die der Selbstheiligung ihrer Mitglieder dienen und die man in der vergangenen Zeit besonders entwickelt hat. Diesen Vereinigungen wird heute oft vorgeworfen, daß sie apostolisch steril sind und von ihren Gliedern nur als Mittel zur Sicherung des eigenen Seelenheils betrachtet werden. Ist es nun zu verantworten, sie beim Aufbau der Katholischen Aktion in den Missionen einfach auszuschließen, weil sie nicht vom Geiste des Laienapostolats erfüllt sind? Besteht nicht vielmehr die seelsorgliche Pflicht, diesen Sodalen einen wahren Begriff von den Erfordernissen der Selbstheiligung beizubringen und zu versuchen, die Bruderschaften und ähnliche oft sehr volkstümliche Einrichtungen zu Pflanzstätten apostolischen Geistes zu machen? Schulen Katholischer Aktion sind notwendig, aber sie sollten möglichst aufbauen auf den Vorschulen der Katholischen Aktion, zu denen die Frommen Vereinigungen, vor allem auch die Familien gehören. Bevor bei uns in Europa die sog. spezialisierte Katholische Aktion entwickelt wurde, hat man in den Missionen den Aufbau der Katholischen Aktion vielfach nach unserem Vorbild versucht, vor allem in der Organisation der „NATURSÄULEN“ (Männer, Jungmänner, Frauen, weibliche Jugend). Abgesehen davon, daß diese Art der Gliederung der Katholischen Aktion in den Gebieten mit Brautumskultur und demnach organisch-hierarchisch gegliederter Gesellschaft sich als undurchführbar und für die von der Evolution erfaßten Gegenden als höchst problematisch erwies, wurde dabei eines der wichtigsten Anliegen des Missionsapostolats, die Familienaktion, ausgeschlossen, die von allen Missionsoberen, die den Geist der Katholischen Aktion erfaßt hatten, als ein Anliegen von primärer Bedeutung betrachtet wurde. Die Erfahrung der Mis-

sionen hat ferner gezeigt, daß man dort die Organismen der Katholischen Aktion nicht einseitig auf das Apostolat ausrichten kann. Eine Familienaktion z. B. muß in den Missionsländern den ganzen Bereich der Familienfragen mit erfassen, wenn sie wirksam sein soll. In den Missionsländern hat man vielfach auch die Bildung der Katholischen Aktion versucht, indem man Dorf- oder Nachbarschaftsgruppen schuf, in die sogar abständige Katholiken mit aufgenommen wurden. Der Erfolg bestätigt die Überlegung, daß das gute Beispiel der gläubigen Christen in Verbindung mit den fördernden Einflüssen der sozialen Umwelt viele dem kirchlichen Leben entfremdete Personen zur religiösen Praxis zurückführen und sogar zu Aktivisten des Apostolats machen würde.

Die Methode der Bildung apostolischer Zellen bzw. Elitegruppen, die in sich ja ganz dem Wesen der Katholischen Aktion entspricht, setzt in den Missionen eine gewisse Entwicklung der einheimischen Geisteshaltung und auch des kirchlichen Lebens voraus. Deshalb führt sie nur unter gewissen Vorbedingungen zum Erfolg. Das Problem der Formung einer katholischen Laienelite beherrscht heute das Denken und Planen aller verantwortlichen Missionsstellen. Der Aufbau einer Katholischen Aktion mit Hilfe selbständig handelnder Christen in den weltlichen Raum hinein ist von der Schaffung einer solchen Elite abhängig. Die sog. spezialisierte Katholische Aktion, die sich der Durchdringung bestimmter sozialer und beruflicher Umwelten widmet, kann erst angesetzt werden, wenn der Gesellschaftskörper sich beim Eindringen der technischen Zivilisation zu differenzieren beginnt. Da aber jede Spezialisierung immer nur einen Teil der gesellschaftlichen Struktur erfaßt, kann ein Missionsbischof sich nicht damit zufriedengeben, wenn es ihm etwa gelungen ist, die Legion Mariens oder die Christliche Arbeiterjugend für das Apostolat zu gewinnen. Die eine Spezialisierung ruft zwangsläufig nach anderen Spezialisierungen. Die jungen Missionen, schwach an Führungskräften und Mitteln, können aber nicht alle Sonderformen des Apostolats der Katholischen Aktion gleichzeitig ausbauen. Es besteht dann die Gefahr, daß die eine Form auf Kosten anderer gefördert wird und die Masse der apostolatswilligen Kräfte abseits steht. Oder man fördert einseitig die Katholische Aktion unter der Arbeiterjugend, bemüht sich jedoch nicht genug um die Arbeiter im reifen Alter. Oder man baut die Aktion des Jungarbeiter-Apostolats in den Städten aus, vernachlässigt jedoch die Landjugend, die dann später in die Städte strömt und das dort schon begonnene Werk durch ihre religiöse Labilität gefährdet, abgesehen davon, daß der Agrarsektor in den Entwicklungsländern aus religiösen, sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen eine stets stärkere Aufmerksamkeit der Kirche verlangt. Die Mission hat eine wahre und eigentliche apostolische Entwicklungsaufgabe zu leisten, die stets darauf bedacht sein muß, schrittweise vorzugehen, wie man es ja auch in der Pädagogik tut. Unter allen Umständen muß sie sorgen, daß bei aller Spezialisierung die grundsätzliche innere Einheit der Apostolatsformen gesichert wird. Deshalb glauben wir, die Weisungen des Papstes in *Princeps Pastorum* so deuten zu müssen, daß man sich in der Einführung von Spezialisierungen der Katholischen Aktion nicht übernimmt und zuerst für einen breiten Unterbau sorgt, indem man Formen der Katholischen Aktion schafft, die, den örtlichen Verhältnissen angepaßt und auf allen für den Zweck brauchbaren, schon bestehenden religiösen Vereinigungen aufbauend, der

ganzen christlichen Gemeinschaft die Mitarbeit ermöglichen. Eine der größten methodischen Schwierigkeiten der Katholischen Aktion stellt das Vorhandensein von zwei gänzlich verschiedenen Sozialstrukturen in sehr vielen Missionen dar: die der Brauchtumszivilisation und die der technischen Zivilisation. An den beiden äußersten Enden des Gebietes (Busch und Stadt) in ihrer Verschiedenheit noch ganz klar erkennbar, vermischen sie sich in der Mitte der Diözese. Dabei rückt die moderne technische Zivilisation, das Brauchtumsmilieu zerstörend, immer schneller in den Busch vor. Wie kann man in solchen Diözesen eine einheitliche Katholische Aktion mit aufeinander abgestimmten Methoden schaffen? Hier helfen keine Vorbilder aus den Kirchen des Westens. Man muß vielmehr dem Missionsbischof größte Freiheit in der Organisation der Katholischen Aktion geben.

Mit Recht hat man den Grundsatz aufgestellt, daß die Katechisten als eigentliche Hilfskräfte der priesterlichen Funktion in den Missionen nicht die berufenen Leiter der örtlichen Gruppen der Katholischen Aktion sein können. Dennoch sehen sich die Missionen oft gezwungen, wegen der geringen Zahl von Führungskräften des Laienapostolats auf die Hilfe der Katechisten im Aufbau und der Führung der Katholischen Aktion zurückzugreifen. Ist dieser Zustand auch nicht ideal, so bleibt er doch unvermeidlich, solange die Kaderbildung bei der christlichen Elite nicht weiter fortgeschritten ist. Ein weiteres Problem ist die Zurverfügungstellung von Geistlichen Beiräten der Katholischen Aktion. Wenn der Missionar weit verstreute Gemeinden nur einige Male im Jahr zu Seelsorgszwecken besuchen kann, woher sollen dann die Priester genommen werden, um diese neue Aufgabe zu übernehmen? Sie könnten nur frei gemacht werden, wenn Priester aus den bestehenden Schul-, Sozial- und Caritaseinrichtungen herausgenommen würden. Aber dies ist schwierig. Die Missionen der zu Ende gehenden Missionsepoche haben weitgehend mit Institutionen den Glauben zu verbreiten gesucht und dort, vor allem in der Schule, ihre Priester festgelegt. Wenn man auch überall bestrebt ist, die Priester für neue drängende Aufgaben eines beweglichen Apostolats frei zu machen, so kann dies doch nur Schritt für Schritt geschehen und darf unter keinen Umständen das indirekte Apostolat der Schule gefährden, das augenblicklich kritische Zeiten erlebt. Die in den Missionen stark verbreitete Legion Mariens hat bei ihrem Vordringen in priesterarme Gebiete das Problem des Geistlichen Beirats der Katholischen Aktion dadurch zu lösen versucht, daß den einzelnen „Kurien“ besonders qualifizierte Mitglieder als „Quasi-Geistliche Beiräte“ beigegeben werden, die kirchlich zu dieser Tätigkeit für bestimmte Zeit ernannt werden. Die Lösung ist sicher nicht ideal.

Übernommene und originale Methoden

Die Katholische Aktion ist eine besondere Form des Laienapostolats. Da nun das Laienapostolat infolge vieler Umstände in den Missionen des letzten Jahrhunderts nicht recht zur Entfaltung kam — auf dem Ersten Kongreß für das Laienapostolat in Asien (Manila 1955) wurde allgemein anerkannt, daß dies Apostolat sich in diesem Erdteil noch in den Kinderschuhen befinde —, ist es begrifflich, daß der Ruf zur Katholischen Aktion nur langsam in die Missionsländer drang und nur langsam begriffen wurde, eigentlich erst, als die große geistige und soziale Umformung in der Welt der farbigen Völker ein-

setzte. Paternalistisch eingestellte Missionare standen den neuen Forderungen der Kirche recht skeptisch gegenüber. Man glaubte oft, daß die bestehenden Vereinigungen und Sodalitäten eigentlich genügten. Typisch ist hier, was ein Geistlicher Beirat der Katholischen Aktion Frankreichs erzählt, der zum Aufbau der Christlichen Arbeiterjugend nach Madagaskar gesandt wurde. Als eine Leiterin des weiblichen Zweiges dieser Bewegung aus Frankreich vor Priestern über ihre Arbeitsmethoden sprechen wollte, sagte man ihr: „Machen Sie lieber einen kurzen Besuch in der Kirche und beten Sie. Das ist besser“ (Les Missions Catholiques 1960, S. 204).

Europa hat es andererseits den Missionen nicht leicht gemacht, die geeigneten Methoden zum Aufbau der Katholischen Aktion zu finden. An sich ist die Definition des Wesens der Katholischen Aktion einfach und verständlich. Aber es wurden nun unzählige Artikel über das Wesen und die Aufgaben der Katholischen Aktion geschrieben. Ja ganze Bücher behandelten diesen Gegenstand mit theologischer Erudition und scholastischer Zergliederungskunst. Es mußte sich also wohl, so sagten sich die Missionare, denen die Zeit fehlte, sich in diese umfangreiche Literatur zu vertiefen, um eine recht komplizierte Sache handeln. Die Auseinandersetzungen über die Probleme der Katholischen Aktion (unitaristische oder föderalistische Organisation, allgemeine oder spezialisierte Aktion, Grad der Selbständigkeit der Laien in der Katholischen Aktion, Abgrenzung der Katholischen Aktion zu den übrigen katholischen Vereinigungen und zum „einfachen“ Laienapostolat, Katholische Aktion und Politik, Katholische Aktion und Soziale Aktion, Katholische Aktion und Kultursachbereiche usw.) vertieften diesen Eindruck. Und da die Fragen der Anpassung der Katholischen Aktion an die regionalen Gegebenheiten nur zaghaft behandelt wurden, während doch tatsächlich die Katholische Aktion im Laufe der Jahre in allen Ländern der Welt zwangsläufig eine besondere Physiognomie erhielt, war man mancherorts geneigt, den Willen Roms zur Einführung der Katholischen Aktion dadurch zu erfüllen, daß man europäische Organisationsvorbilder einfach übernahm. So geschah es z. B. auf Madagaskar. Der Erfolg war, daß sich in der nach den Naturständen organisierten Katholischen Aktion praktisch nur die französischen Katholiken trafen. Eine neue Form gesellschaftlichen Zusammenschlusses mit apostolischem Einschlag war gefunden. „Die beiden Gruppierungen Katholischer Aktion für erwachsene männliche und weibliche Katholiken erinnern ein wenig an die Fédération Nationale Catholique in Frankreich zur Zeit des Generals de Castelnau und die Patriotenliga der Französischen in der gleichen Epoche“ (Abbé Jean Pihan FC, in „Les Missions Catholiques“, 1960, S. 192). Kein Wunder, daß sich traditionsgebundenes Denken in den Reihen der so gestalteten Katholischen Aktion gegen eine Umformung dieser Einrichtung unter Übergang zu Formen des Spezialapostolats lebhaft widersetzte. In den Missionen des afrikanischen Festlandes hat man es sich nicht so leicht gemacht und originale Lösungen vor allem in den Missionen der Weißen Väter gesucht. Manche Experimente sind geglückt, andere fehlgeschlagen. Es ist oft zwei- oder dreimal der Versuch mit neuen Methoden gemacht worden. Fridolin Rauscher PA gibt in seinem Werke „Die Mitarbeit der einheimischen Laien am Apostolat in den Missionen der Weißen Väter“ (Münster i. W. 1953) einen umfassenden Überblick über die Bemühungen zur Einrichtung der Katholischen Aktion

und kommt zu dem Ergebnis, daß eine große Mannigfaltigkeit der Formen besteht, die zum Teil nur teilweise den formellen Charakter der Katholischen Aktion haben, daß viele Missionen über erste Versuche nicht hinaus kamen und daß „die Mannigfaltigkeit der Organisation, so möchte uns scheinen, eine gewisse Unsicherheit in der Auffassung vom Wesen der Katholischen Aktion und ein Suchen und Tasten nach der rechten Art verrät, wie die allgemein gehaltenen kirchlichen Richtlinien den konkreten Verhältnissen angepaßt und zu einer arbeitsfähigen Formel umgestaltet werden können“.

Die westliche Form der Organisation der Katholischen Aktion stößt allenthalben in den Missionen auf ein gewisses Unverständnis, obwohl heute der Kommunismus die Farbigen ohne ernststen Widerstand nach westlichen Mustern straff zu organisieren vermag. In Asien wehrt sich auf religiösem Gebiete eine starke geistige Strömung gegen die westliche Organisation. Thomas Ohm hat in seinem neuen Werke „Asiens Nein und Ja zum westlichen Christentum“ eine Anzahl solcher Stimmen gesammelt und dabei darauf hingewiesen, daß die großen Religionen des Ostens, Buddhismus, Hinduismus, Konfuzianismus und Islam, keine geordneten, geformten und organisierten Kirchen mit zentralen Instanzen in unserem Sinne sind. Die Erfahrungen in der Kirche des Westens haben uns gezeigt, daß die Organisation der Katholischen Aktion zwar notwendig ist, aber ihren eigentlichen Wert nur aus dem Maße hingebender Liebe zu Christus und seiner Kirche gewinnt, der sie trägt.

Gewisse westliche Formen der spezialisierten Katholischen Aktion (vor allem die Legion Mariens und die Christliche Arbeiterjugend) sind von den Missionen ohne Schwierigkeit angenommen worden. Ja die Bischöfe sind glücklich, wenn sie Einsatzgruppen dieser Bewegungen erhalten. Sie haben hier erprobte Methoden vor sich und brauchen wenigstens auf diesem Gebiete nicht zu experimentieren. Diese Bewegungen sind der im Aufbau begriffenen neuen Welt gegenüber geistig weit geöffnet, sie arbeiten im Kontakt von Mensch zu Mensch und passen sich jeder Umwelt an. „Wenn die Legion Mariens nur nach dem Handbuch voranginge, könnte sie hier nicht arbeiten. Der wahre Genius der Legion scheint zu sein, ruhig im Geist der Demut und gelehrigen Gehorsams entlang den Wegen zu arbeiten, die ihr von ihren Gründern vorgezeichnet wurden.“ So erklärte man oft in Japan („Worldmission“ 3 [1955] S. 297). In China gelang es kurz vor der Vernichtung der Mission der Legion Mariens, in intuitiver Anpassung an die überaus schwierigen Verhältnisse einen Geist zu entzünden, den die Chinamission vorher nicht gekannt hatte. „Wir haben Konversionen bewirkt, die Legion Mariens hat Apostel geformt“, sagte ein alter Chinamissionar. Die Christliche Arbeiterjugend hat einen ähnlichen Geist entfacht, ringt aber stärker als die Legion Mariens um das Problem qualifizierter Führerschaft.

In der direkten Beeinflussung der Strukturen und im Anschluß an sie haben einzelne Missionen in Hoch- und Primitivkulturen bedeutende Erfolge erzielt, wobei sie von den westlichen Organisationsschemata der Katholischen Aktion vollständig abgingen. Es seien hier die Organisation der Nachbarschaftsgruppen in Japan erwähnt, die auf traditionellen Formen japanischer Vergesellschaftung aufbauen; die Inama-Gruppen im Schwarzen Afrika, die jeweils die Männer eines Dorfes oder einer Gruppe von Gehöften zu einer Apostolatsgruppe zusammenfassen und, dabei keinen christlichen Schwarzen aus

der Gemeinschaft ausschließend, sich vollständig den einheimischen Gepflogenheiten des Palavers anpassen; die Bewegung der Banyakaroli in Tanganjika, die nach siebenjährigem Experimentieren mit anderen Systemen deshalb zu einem vollen Erfolg führte, weil sie radikal die Leitung des Ganzen den Einheimischen (Laien und Frauen) in absoluter Anpassung an die Mentalität der Bevölkerung überließ; die Dikonga di Bagoretti (Mädchengruppen von Dörfern an der Kongo-Mündung), deren Organisation von einem einheimischen Priester erdacht wurde und die sich zusammenschlossen, um endlich die Erniedrigung der Frau zu beseitigen und vereint gegen Attentate auf ihre menschliche und christliche Würde anzugehen; die typisch philippinische Organisation der „Barangay“ (Nachbarschaftsgruppen), die in ihrer Strukturierung und ihrer Hinwendung zu den geistigen und sozialen Nöten des einfachen Landvolkes das Muster einer gesunden Anpassung an örtliche Gegebenheiten darstellen und zu einer machtvollen Bewegung anwuchsen.

Auf dem Gebiete der so notwendigen Familienaktion sind in Afrika originale Lösungen gefunden worden, die in keiner Weise Vorbilder der Katholischen Aktion in Europa nachahmen. Sehr oft werden hier die von Placidus Tempels OFM, dem Erforscher der Bantukultur, geschaffenen Familiengruppen von Kolwezi (Kongo) genannt, die alle echten Urwerte der religiösen Welt der Bantu mit christlichem Gedankengut vermählen und vollständig der Gestaltung der Einheimischen überlassen sind. Die katholische Familienbewegung, die nicht nur direkte Apostolatsziele hat, sondern den ganzen Bereich christlichen Ehe- und Familienlebens einbezieht, entsteht heute in Anpassung an die jeweilige Sozialstruktur an vielen Stellen des Schwarzen Afrikas. Sie hat sich als wirksames und konkretes Mittel erwiesen, christliche Moralprinzipien in das afrikanische Familienleben hineinzutragen.

Es werden von den Missionen oft Spezialisten der Katholischen Aktion aus Europa „zur Organisation der Katholischen Aktion“ erbeten. Ihre Wirksamkeit im Bereich der Brauchtumszivilisation muß ernstlich bezweifelt werden. Ihr Arbeitsfeld ist das riesige Gebiet des Einbruchs der westlichen Zivilisation. Hier können sie sicherlich wertvolle Anregungen geben, aber erst dann, wenn sie Sprache, Kultur, Lebensgewohnheiten einigermaßen kennen. Mit dem Aufpfropfen einer differenzierten westlichen Organisation auf ein so anders geartetes Milieu wird nichts erreicht. Kein Wunder, daß Missionare, die jahrzehntelang in enger Verbindung mit der Bevölkerung leben, solchen Beratern mißtrauisch, ja ablehnend gegenüberstehen. Keiner dieser Berater sollte seine Arbeit beginnen, bevor er ein bis zwei Jahre sich mit offenen Augen im Lande umgeschaut hat. In der Hauptstadt von Madagaskar wurde einem Kreis von Priestern ein Geistlicher Beirat der Christlichen Arbeiterjugend Frankreichs (P. Puichaux) vorgestellt, der sich für fünf Jahre (von denen er die ersten zwei Jahre nur dem Studium an Ort und Stelle sich widmen will) zum Aufbau dieser Bewegung zur Verfügung stellte. Bei der Begrüßung bemerkte einer der Priester: „Wieder ein Europäer, der bei uns die Methoden Frankreichs anwenden will, ohne etwas von Madagaskar zu kennen.“ Darauf P. Puichaux: „Lieber Freund. Sie haben kein Recht dazu, solches zu sagen. Entweder bin ich ein Geistlicher Beirat der Katholischen Aktion oder nicht. Die CAJ hat zwei Jahre gebraucht, den Mann auszuwählen. Sie können also sicher sein, daß es sich um einen echten Beirat der Katholischen Aktion

handelt. Ein solcher geht aber niemals nach vorgefaßten Ideen voran. Er paßt sich an. Zuerst sieht er, dann urteilt er zusammen mit den anderen, und dann erst handelt er. Es gibt keine französischen Methoden, aber es gibt die Methode der Katholischen Aktion, und ihr schenke ich mein Vertrauen“ (Les Missions Catholiques Nr. 79/80 [1960] S. 210).

Die Zustände in Angola

Wir berichteten im vergangenen Heft (vgl. S. 360 ff.) über die Verhaftung des Generalvikars in Luanda und die allgemeinen Zustände in der „überseeischen Provinz“ Angola. Erst nach Redaktionsschluß wurde bekannt, daß der Erzbischof von Luanda wenige Tage nach der Verhaftung seines Generalvikars diesen von seinen kirchlichen Ämtern entbunden hat. Die entsprechende Verlautbarung (die in der portugiesischen Presse nicht veröffentlicht wurde) ist datiert vom 8. April 1961:

„Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen, die inzwischen zur öffentlichen Kenntnis gelangt sind und die Erzdiözese Luanda in Trauer gestürzt haben, kann Monsignore Manuel Mendes das Neves seine Funktionen als Generalvikar und als Pfarrer der Pfarrei U. L. Frau von der Immerwährenden Hilfe nicht mehr länger ausüben. Msgr. Moisés Alves de Pinho, Erzbischof von Luanda, enthebt ihn daher seiner Ämter als Generalvikar und Pfarrer.“

Wie gemeldet, ist der verhaftete Generalvikar mit dem Flugzeug nach Lissabon gebracht worden; über sein weiteres Schicksal liegen keine Nachrichten vor. Als neuer Generalvikar wurde der erst 35 Jahre alte weiße Pater Luis de Castro Mendes ernannt.

Der Geist des Hasses

Für die Aufstände in Angola wollen die portugiesischen Zeitungen mehr und mehr die christlichen Missionare verantwortlich machen, „namentlich jene der evangelischen Kirche und der Sekten“. Nach einer dpa-Meldung sollen acht afrikanische Methodistenpfarrer nach flüchtigen Gerichtsverfahren hingerichtet worden sein. Der Weltrat der Kirchen teilte mit, daß von den 150 afrikanischen Pastoren der amerikanischen Methodistenmission mehr als die Hälfte fliehen mußte.

Ein englischer Baptistenmissionar, der das Land verlassen mußte, beschrieb in der Vollversammlung der Baptistenunion von England und Irland den Geist des Hasses, der heute in Angola herrsche, als alle Vorstellungen und Erfahrungen übersteigend. Die von den Portugiesen ergriffenen Gewaltmaßnahmen überträfen noch die der Terroristen. „Tausende von Schwarzen wurden hingerichtet und verstümmelt.“ Für den Hirtenbrief des katholischen Episkopats von Angola vom 13. April 1961, der auch auf das legitime Freiheitsstreben der Afrikaner und auf soziale Ungerechtigkeiten hinwies, fand der Baptistenmissionar Worte betonter Hochachtung.

Ein Kardinal warnt

In einer Missionswoche in Lourenço Marqués, der Hauptstadt von Moçambique (der ostafrikanischen Kolonie Portugals, die bisher noch von Unruhen verschont blieb), verurteilte der dortige Erzbischof, der portugiesische Kardinal de Gouveia, in sehr scharfen Worten die Kolonial-

politik der Lissaboner Regierung. Darüber hinaus geißelte er das überaus schlechte Beispiel, das die Europäer durch ihre Sittenlosigkeit, ihre Vergnügungssucht und ihre religiöse Gleichgültigkeit den Afrikanern auch heute noch geben. Wenn in den afrikanischen Besitzungen Portugals nicht bald echte Gleichberechtigung der Rassen, Schutz des Familienlebens und ein weitgespanntes Schulwesen verwirklicht sei, werde es zu spät sein.

Nach dem Bericht der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (5. 5. 61) — dem ersten Augenzeugenbericht aus Angola, der seit Monaten die deutsche Presse erreicht hat — befindet sich in der Hauptstadt Luanda nur noch ein einziger farbiger katholischer Priester in Freiheit; die übrigen sechs wurden wegen „Untergrundtätigkeit“ verhaftet.

Professor Salazar hat am 13. April und erneut am 3. Mai die Regierung umgebildet und selbst das Verteidigungsministerium übernommen. Der Befehlshaber der portugiesischen Luftstreitkräfte wurde seines Postens enthoben, nachdem er ein kritisches Memorandum über die Angolapolitik der Regierung verfaßt hatte. Nach dem Bericht der „Zeit“ wollen zehn andere Generale den Dienst quittieren. Der Guerillakrieg in Angola geht indessen weiter, erreicht immer größere Landstriche und zwingt zu stärkeren Truppenkonzentrationen und zur Repatriierung der Zivilbevölkerung. Nach den portugiesischen Berichten sind bisher etwa 250 Weiße dem Terror zum Opfer gefallen; die südafrikanische Agentur SAPA meldet dagegen schon über 1000 tote Europäer. Unter den jüngsten Opfern befindet sich ein weiterer Missionar, der italienische Pater Francesco Fileppi OFMCap, der seit fünf Jahren in Angola wirkte und am 21. April in einem Dorf der Nordgebiete mit Buschmessern getötet wurde, als er den eindringenden Terroristen mit erhobenem Kreuzifix entgegentrat.

Ökumenische Nachrichten

Lutherische Generalsynode 1961

Die neugebildete Generalsynode der VELKD hielt die erste Tagung ihrer Dritten Session vom 10.-15. April 1961 in Berlin-Spandau ab. Neben den anstehenden inneren Fragen, vor allem der Verabschiedung der Agende III über die Amtshandlungen, die Ordnung der Kindertaufe, der Erwachsenentaufe, der Konfirmation usw. und der Beratung eines Pfarrergesetzes, stand als Generalthema zur Aussprache „Der Mensch in unserer Zeit“. Dieses wurde von Professor Helmut Thielicke, Hamburg, für den Westen unter dem Thema behandelt: „Die Gefährdung der Freiheit durch die freiheitliche Gesellschaftsordnung“ und von Studiendirektor Gottfried Voigt, Leipzig, für den Osten: „Unsere erste Sorge — der Mensch“. Aber der Bericht des Leitenden Bischofs, D. Hanns Lilje, über „Der Weg der Kirche“ lenkte die Aufmerksamkeit der Synode auf noch aktuellere kirchenpolitische Fragen.

Aus dem Bericht von Landesbischof Lilje

Die „kritische Selbstbesinnung“ von D. Lilje hatte ebenso wie ihre Ergänzung zum Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche durch Landesbischof Hermann Dietzfelbinger einen ausgesprochen defensiven Charakter. D. Lilje verteidigte — offensichtlich gegenüber Äußerungen von Bischof Dibelius auf der letzten Synode der EKD —